

DP

DEUTSCHE POLIZEI

09/22

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



**FÜR UNS.
FÜR MORGEN**

Gewerkschaft
der Polizei





In Kooperation mit der
**Gewerkschaft
der Polizei
(GdP)**

Ihre Polizeiversicherung PVAG – Freund und Helfer von Anfang an.

Durch Ihre Karriere bei der Polizei werden Sie sich in Zukunft intensiv mit dem Thema Sicherheit beschäftigen. Damit Ihre persönliche Absicherung nicht zu kurz kommt, bieten wir Ihnen mit der PVAG, unserer Polizeiversicherung mit der GdP, maßgeschneiderte Absicherung, Vorsorge sowie eine kompetente Rundum-Beratung. Von Profis für Profis. Informieren Sie sich jetzt.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551, polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

Innenleben

- 2 Wir präsentieren: die digitale DP
- 3 danke.
- 4 Sattelfest, charmant, souverän
- 7 Politisches Ehrenamt im Fokus
- 8 Die Wartenden
- 21 GdP-Positionspapier
Funkstreifenwagen im Blick
- 24 Dann habe ich den Minister einfach
eingeladen
- 38 Berlin – immer eine Reise wert!

Nachruf

- 20 Gedenken an Manfred Stock

Kommentiert

- 23 Den Herbst nutzen
- 34 Worauf es jetzt ankommt!

Hingeschaut

- 12 Rückenwind

Im Gespräch

- 5 Das Vertrauen in die Polizei ist
verdient
- 16 Manchmal wird ein Katz-und-
Maus-Spiel mit uns Personalräten
ausprobiert
- 30 In diesem Beruf verfassungsfeindlich
sein? Geht nicht!

Vor Ort

- 33 GdP unterstreicht Forderung nach
mehr Personal

Gelesen

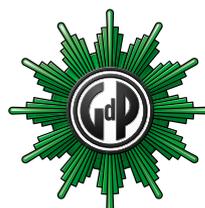
- 40 Anti-Stress-Trainer

Eure Meinung

- 40 Impressum

FÜR UNS. FÜR MORGEN

27. Ordentlicher Bundeskongress
12.-14. September 2022 · Berlin



Gewerkschaft
der Polizei

Innenleben

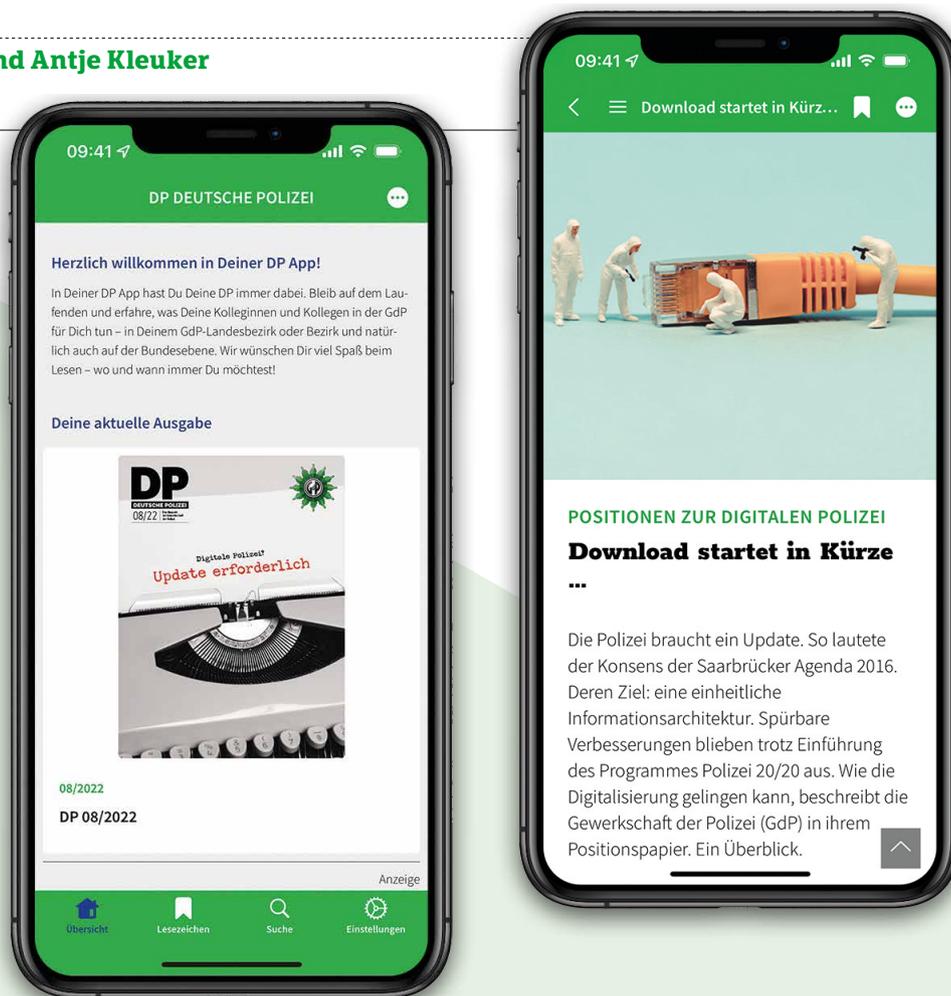
Voraussichtlich ab Anfang September
erhältlich bei:



VORHANG AUF UND TUSCH!

Wir präsentieren: die digitale DP

Michael Zielasko und Antje Kleuker



Das ist sie, die „DP DEUTSCHE POLIZEI“. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP), der VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH (VDP) und natürlich auch Ihre und Eure DP-Redaktion präsentieren rechtzeitig zum 27. Ordentlichen GdP-Bundeskongress die aktuelle DP-Septemberausgabe erstmalig als zeitgemäßes, digitales Magazin.

Die digitale DP steht als App in den Stores als iOS- und Android-Version unter „DP DEUTSCHE POLIZEI“ zur Verfügung. Das

digitale GdP-Mitgliedermagazin ist für die meisten Endgeräte optimiert und bietet somit einen sehr guten Lesekomfort. Selbstverständlich sind neben dem Bundesteil alle Landes- und Bezirksjournale dort abrufbar.

Um das DP-Digital-Erlebnis möglichst vielen Kolleginnen und Kollegen einfach und ohne Hürden zu ermöglichen, wird zunächst für eine noch nicht befristete Testphase auf ein Login-Verfahren verzichtet.

Mitgliedern, die womöglich schon seit Dezember 2021 die Option nutzen, auf die

Printausgabe zu verzichten und sich alternativ ihre digitale DP als pdf-Dokument zusenden zu lassen, haben wir bereits Ende August in einem Newsletter gebeten, sich die DP-App auf ihr Endgerät zu laden.

Die nunmehr zum Download vorliegende App stellt den aktuellen Entwicklungsstand dar. Sie ist keine finale Version.

Über ein konstruktives Feedback zu Ihrer/Eurer digitalen DP unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp.de freuen wir uns. ■

Innenleben

danke.

Oliver Malchow,
Bundvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Innenleben

VERHANDLUNGSLEITUNG GESCHULT

Sattelfest, charmant, souverän

Ohne Verhandlungsleitung kein Bundeskongress. Auch nicht der anstehende 27. Ordentliche Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin. „FÜR UNS. FÜR MORGEN“ wollen die designierten Mitglieder der Verhandlungsleitung (VHL) durch die Veranstaltung führen.

Vera Mohr

Mitte Juni fand sich das VHL-Team in Berlin im Trainingslager ein. Als Coach fungierten Bundesgewerkschaftssekretärin Alberdina Körner sowie die Autorin dieses Beitrages. Für das richtige Umfeld sorgte Organisationssekretärin Tanja Richter. In dem hybriden Seminar ging es in erster Linie um das Vermitteln relevanter Satzungsinhalte sowie Regelungen der sogenannten Versammlungs- und Sitzungsordnung. Wichtig ist zudem, dass die Verhandlungsleitung im Team agiert und funktioniert.

Die Mitglieder der Verhandlungsleitung sind nach dem Vorschlagsrecht des Bundesvorstandes bestimmt worden und werden gemäß Paragraf 13 Absatz 5 der Satzung vom Bundeskongress gewählt.

Um eine möglichst große Diversität zu gewährleisten, ist die Vorauswahl auf Volker Huß (Nordrhein-Westfalen), Angelika Kunert (Niedersachsen), Andreas Kropius (Schleswig-Holstein), Karin Schäfer (Hessen), Martin Götze (Sachsen-Anhalt), Martin Meisen (Bundespolizei) und Sabrina Kunz (Rheinland-Pfanz) als designierte Mitglieder der Verhandlungsleitung gefallen. Kollegin Kunz soll das Team „VHL“ anführen.

Im Kongresseinsatz werden die VHL-Anfänger von dem großen Wissens- und Erfahrungsschatz der „diensterehneren“ Kolleginnen und Kollegen profitieren. Denn die Aufgaben, die eine Verhandlungsleitung bewältigen muss, sind vielfältig. Sie moderiert die Veranstaltung, führt durch die Tagesordnung, darunter die Wahlen der oder des neuen Bundesvorsitzenden und des neuen Geschäftsführenden Bundesvorstandes (GBV), und geleitet die Delegierten durch das Herzstück des Bundeskongresses: die Antragberatung.

Um dort sattelfest zu sein, wurden die Schulungsteilnehmenden zu den Themen Wahlen und Abstimmungen, insbesondere zum Abstimmungsmodus über die Anträge und dem komplexen Abstimmungsverfahren sowie den jeweiligen Mehrheitserfordernissen fit gemacht.

Die VHL sorgt auch für Ordnung und einen geregelten Kongressablauf. Voraussetzung ist dabei das Bewahren eines kühlen Kopfes und eine charmant-souveräne Form von Durchsetzungsfähigkeit, zum Beispiel beim Überziehen von Redezeiten. Na dann ... ■



Konzentriert: die designierte „VHL-Teamchefin“ Sabrina Kunz.

Im Gespräch



Klare Positionen sind das Markenzeichen des Kollegen Dietmar Schilff.

GdP-VIZE GEHT „VOM PLATZ“

Das Vertrauen in die Polizei ist verdient

Dietmar Schilff ist seit über 42 Jahren Mitglied in der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Wenn diese Ausgabe erscheint, sind es noch zwei Wochen, bis der Fußballfan seinen Platz als stellvertretender Bundesvorsitzender im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand freimachen wird. Ein DP-Gespräch über Wehmut, Widerstandsfähigkeit und Weckerpannen.

Michael Zielasko

DP: Lieber Kollege Schilff: Du warst in Deinem Niedersachsen während Deiner langen Amtszeit sehr präsent. Nun verlässt Du auch die Bundesebene. Was

glaubst Du, wie wird der Tag danach?

Dietmar Schilff: Alles hat seine Zeit. Ich konnte mit vielen anderen Aktiven in Niedersachsen und auf der Bundesebene dazu

beitragen, dass einiges für unsere Kolleginnen und Kollegen verbessert wurde. Dennoch gibt es etliche weitere Baustellen, die endlich abgeräumt werden müssen.

DP: In einem Lied von Trude Herr heißt es: Niemals geht man so ganz.

Schilff: Das kenne ich und finde es auch sehr schön. Die GdP ist für mich wie eine Familie, insofern werde ich nie ganz gehen. Auf der gewerkschaftlichen Ebene kann ich von nun an zwar nur noch eingeschränkt unterstützen, andere in den letzten Jahren entstandene Netzwerke werde ich aber weiter für unsere wichtige und gute Sache nutzen.

DP: Du darfst ruhig ein bisschen sentimental werden.

Schilff: Ein bisschen Wehmut ist natürlich dabei, wenn man nach so langer Zeit Ämter abgibt. Vor allem, wenn man diese sehr gerne ausgeübt hat. Aber ich bin ja in Braunschweig weiter ehrenamtlich aktiv, sodass ich bis zu meiner Pensionierung mit dann 62 Jahren im Februar 2024 und auch darüber hinaus nicht einrostet werde. Und bis dahin habe ich auch noch in der Polizei ein Projekt vor, bei dem es um die transparente Darstellung polizeilicher Arbeit geht.

DP: Würdest Du den gewerkschaftlichen Weg erneut einschlagen?

Schilff: Ja, selbstverständlich. Ich engagiere mich seit 1982 in der Gewerkschaft der Polizei. Vor 40 Jahren habe ich bei der JUNGEN GRUPPE (GdP) in der Polizeischule Hannover-Münden mit Gewerkschaftsarbeit begonnen. Durch meine Aktivitäten, aber natürlich auch durch den einen oder anderen glücklichen Umstand, bekam ich die großartige Chance, die Funktionen, die ich über die Jahre innehatte, auszuüben. Unter dem Strich waren es viele gute Erlebnisse und fast noch wichtiger, ich habe etliche wunderbare Menschen kennengelernt, allerdings auch ein paar richtig schwierige oder komische Charaktere.

DP: Was hättest Du – in der Rückschau – womöglich anders gemacht?

Schilff: Das kann ich jetzt gar nicht sagen. Darüber werde ich aber dann in meinem gewerkschaftlichen Ruhestand nachdenken.

DP: Du hast die GdP-Kampagne „#100für100“ ins Leben gerufen. Braucht es häufiger initiative Meilensteine dieser Art?

Schilff: Die Kampagne war unendlich wichtig, und auch hier stelle ich fest, dass so ein Vorhaben nur mit vielen motivierten Akteuren und einem engagierten Kernteam gelingen kann. Ich bin der festen Überzeugung, dass öffentliche Kampagnen notwendig sind, um die Bevölkerung, die ja zum Glück großes Vertrauen in die Polizei hat, weiter mit ins Boot zu holen und der Politik so die Augen für dringend erforderliche Verbesserungen zu öffnen.

DP: Du hast Dich ebenso für eine Unvereinbarkeit einer AfD – mit der GdP-Mitgliedschaft stark gemacht – mit Erfolg – und in diesem Zusammenhang den Begriff der „demokratischen Resilienz“ geprägt. Was gibt es noch zu tun?

Schilff: Das ist etwas zu viel der Ehre. Den Begriff der demokratischen Resilienz hat mein lieber Kollege, der niedersächsische Polizeihistoriker Dirk Götting, geprägt. Gemeinsam mit mir als Initiator und mit starker Unterstützung des niedersächsischen Landespolizeipräsidiums, der Polizeiakademie Niedersachsen, unserer regionalen GdP, dem Polizeihauptpersonalrat Niedersachsen und einem sehr starken Engagement des In-

nenministers Boris Pistorius haben wir diesen Begriff mit Inhalt und Leben gefüllt. Dieser niedersächsische Weg des Polizeischutzes für die Demokratie ist ein Schlüssel- und Erfolgsprojekt, das mittlerweile von vielen Ländern übernommen wird.

DP: Warum ist dieses Projekt so wichtig?

Schilff: Die heutige Polizei ist die demokratischste, die wir je hatten. Nicht, dass sie nach der schrecklichen Nazizeit zu Beginn einer neuen Zeit und mit fortlaufender demokratischer Aus- und Fortbildung jemals undemokratisch war, aber es ist absolut bemerkenswert, wenn bei alledem, was heute auf die Kolleginnen und Kollegen einprasselt, sie sehr konsequent die wichtige, bürgernahe Polizeiarbeit leisten. Die Polizei verdient sich dadurch das Vertrauen der Bevölkerung jeden Tag aufs Neue.

DP: Und über das Projekt hinaus?

Schilff: Die Polizei muss durch Aus- und Fortbildung, durch Auseinandersetzung mit der Geschichte, durch Vorbilder, durch gutes Führungsverhalten, durch positive Gruppendynamik und durch Kontakte zu Organisationen und Zusammenschlüsse außerhalb der Polizei ihre Widerstandskraft gegenüber antidemokratischen Umtrieben stärken. Übrigens wäre es sehr sinnvoll, die vielen antirassistischen Initiativen darzustellen, in denen sich Polizeibeschäftigte engagieren.

DP: Trotzdem wird immer wieder über rechtsextremistische Tendenzen in den Reihen der Polizei berichtet.

Schilff: Die Existenz rechter Chatgruppen in der Polizei ist absolut schlimm. Auch wenn daran nur eine Promillezahl der Polizeibeschäftigten beteiligt ist, schadet dies unserem guten Ruf als Polizei insgesamt. Und diese Vorgänge schaden jeder und jedem einzelnen Polizeibeschäftigten und stärken diejenigen, die es mit der Polizei sowie so nicht gut meinen. Für die nicht seltenen, pauschalen Rassismussvorwürfe einiger gegenüber der Polizei hierzulande, bedeutet dies Wasser auf die Mühlen polizeikritischer und polizeihassender Gruppierungen.

DP: Was tun, wenn Beschäftigte auffällig werden?

Schilff: Diese sehr wenigen Polizeibeschäftigten haben selbstverständlich auch das Recht auf ein rechtsstaatliches Verfahren.

Vieles passiert auch aus Dummheit. Zu entschuldigen ist das natürlich auch nicht, trotzdem ist nicht jede oder jeder gleich rassistisch. Ich lehne daher prinzipiell jede Art von Vorverurteilungen sowie pauschale Vorwürfe ab. Wenn aber ausermittelt ist und sich herausstellt, dass der- oder diejenige tatsächlich rassistische Grundmuster pflegt und sich damit gegen die Demokratie und unsere Werte stellt, müssen eindeutige Konsequenzen erfolgen.

DP: Als die Kanzlerin ging, sagte sie, sie werde jetzt mehr lesen und dann dabei wohl einschlafen. Welche Pläne hast Du?

Schilff: Der Vergleich mit der Kanzlerin hinkt, unter anderem, weil sie acht Jahre älter ist, da kann man offensichtlich schon mal früher müde werden (lacht). Bei der Polizei habe ich ja noch einen Vertrag bis Februar 2024, und ich habe vor, diesen auch zu erfüllen. Weiterhin engagiere ich mich seit vielen Jahren in meinem Stadtbezirk und in der Stadt Braunschweig kommunalpolitisch, zudem ehrenamtlich bei der Arbeiterwohlfahrt sowie in unserem Dorfverein, der gerade in die Fußball-Bezirksliga aufgestiegen ist. Und ich plane das Kinderhospiz Löwenherz, auch durch das Nutzen meines Netzwerkes, in meiner Heimatstadt Braunschweig stärker in das öffentliche Bewusstsein zu bringen. Diese sehr wichtige Institution verdient es, wie natürlich viele andere auch, noch intensiver unterstützt zu werden. Und dann gibt es noch Fußball, Motorrad fahren, Gitarre spielen, Kultur, Treffen mit Familie und Freunden, Reisen und etliche andere schöne Dinge, für die man viel zu wenig Zeit hatte.

DP: Menschen, die Dich kennen, wissen um Deine Fußballleidenschaft. Warum Eintracht Braunschweig?

Schilff: Die Frage verstehe ich nicht wirklich (lacht). „Braunschweig ist der beste Fußballclub der Welt in den Farben blau und gelb“, so heißt es in einem Fanlied. Auch wenn es nicht immer leicht ist, Fan der Eintracht zu sein, aber in Braunschweig sagt man „Einmal Löwe, immer Löwe“. Ich bin in dieser Stadt geboren, hier aufgewachsen, bin mit Okerwasser getauft, meine Frau und ich sind seit Jahren Vereinsmitglieder, und wir haben seit rund 20 Jahren eine Dauerkarte. Zudem saß ich 1967 schon als fünfjähriger Knirps gemeinsam mit meinem großen Bru-

der Martin im Stadion auf den Knien unseres Vaters, als Braunschweig Meister wurde. Leider lange her, aber wie gesagt, einmal Löwe, immer Löwe.

DP: Wir sind ja unter uns: Verrätst Du uns den aus Deiner Sicht peinlichsten Moment deiner gewerkschaftlichen Laufbahn?

Schiff: Da fällt mir ein, dass ich vor wirklich langer Zeit, Anfang der 1990er-Jahre war das, den Beginn des GdP-Bundeskongresses in Dresden in meinem Hotelzimmer verschlafen habe. Die Batterien meines Weckers waren leer. Ich war damals als Leiter für die niedersächsische Delegation eingeteilt. Als ich wach wurde und realisierte, dass ich ziemlich spät dran bin, war ich von einer Sekunde zur anderen schweißgebadet. Erreichen konnte ich auch niemanden, da es Handys noch nicht gab. Es war mir tatsächlich sehr peinlich, als ich mich aus dem etwas entfernten Hotel aufmachte, um mit einer guten Stunde Verspätung im Kongresszentrum anzukommen – natürlich geduscht. Der weitere Verlauf des Kongresses lief dann deutlich positiver.

DP: Noch eines, was sollten GdP-Spitzenfunktionäre auf jeden Fall tun, und was tunlichst bleiben lassen?

Schiff: Es mag banal klingen, aber es ist wichtig, auch echte Freunde außerhalb der Polizei und der GdP zu haben. Mit denen kannst du dich über dienstfremde Dinge unterhalten, zum Beispiel über den besten Fußballclub der Welt in den Farben blau und gelb, und man sollte den Beginn eines Bundeskongresses nicht verschlafen (lacht).

Nein, im Ernst, man muss sich immer bewusst sein, dass gewerkschaftliche Erfolge durch viele erzielt werden, insbesondere auch im Verbund mit den wichtigen Personalräten. Na klar, hat man seinen eigenen Anteil daran, aber nichts schafft man allein. Es war eine spannende und auch sehr schöne Zeit, aber wie ich schon eingangs sagte, alles hat seine Zeit. Ich wünsche allen Aktiven auf allen Ebenen weiter viel Engagement und Spaß bei ihrem notwendigen und wichtigen Einsatz für unsere gute Sache.

DP: Lieber Dietmar, vielen Dank für dieses Gespräch und andere zuvor. Dir alles Gute. Man sieht sich ...

Innenleben



(v.l.): Niedersachsens GdP-Chef Kevin Komolka und Bundesjugendvorsitzende Jennifer Otto.

„KLEINES“ FÜHRUNGSKRÄFTE-TRAINING

Politisches Ehrenamt im Fokus

Nach der Corona-Zwangspause trafen sich Mitte Juli Kolleginnen und Kollegen aus acht Landesbezirken und dem Bezirk Bundeskriminalamt zum sogenannten kleinen Führungskräfte-Training der JUNGEN GRUPPE (GdP) in Hannover – endlich wieder in Präsenz.

Frauke Ziegler, JUNGE GRUPPE (GdP) Rheinland-Pfalz

Gemeinsam mit dem Bundesjugendleiter der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Patrice Thurow, und Ramin Kalali Emghani, ehemaliger stellvertretender Bundesjugendvorsitzender, erörterten die Teilnehmenden Grundlagen und Gestaltungsmöglichkeiten gewerkschaftspolitischer Jugendarbeit, in deren Fokus insbesondere das politische Ehrenamt stand. Intensiv setzten sich die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit den Strukturen der GdP und ihrer Satzung – auch mit Blick auf den Aufbau der Polizeien hierzulande – auseinander. Breiteren Raum nahmen zudem Beratungen über die „Herausforderung Mitgliederak-

quise“, die Aktivierung aktueller Mitglieder und Wirkungen des föderalen Aufbaus der Polizei ein.

Für eine Stippvisite reiste die GdP-Bundesjugendvorsitzende Jennifer Otto an. Sie stieg gleich in die Diskussionen ein und konnte an mancher Stelle hilfreiche Tipps aus ihrer langjährigen Erfahrung in der Funktion als Landesjugendvorsitzende der GdP in Rheinland-Pfalz anbringen. Otto ermutigte die Teilnehmenden neue Herausforderungen in ihren Ländern und Bezirken anzugehen. Auch der niedersächsische GdP-Landesvorsitzende, Kevin Komolka, stattete einen Besuch ab. ■



EIN JAHR NACH DER FLUTKATASTROPHE

Die Wartenden

Es lässt sich nur erahnen, mit welcher gewaltiger Kraft die Flut den Familien-Bulli fortgeschwemmt hat.

Der nordrhein-westfälische Polizeibeamte Alexander (Alex) Ponickau ist Teil der AG „Großschadensereignisse der Gewerkschaft der Polizei (GdP)“. Der stellvertretende Vorsitzende des GdP-Bezirksverbandes Aus- und Fortbildung aus Nordrhein-Westfalen erlebte mit seiner Familie die Flutkatastrophe des 14. Juli 2021 in seinem Haus in Bad Münstereifel – direkt über der Erft. In DP lässt der Kollege die Nacht Revue passieren.

Michael Zielasko

„An dem Tag, als es losging, war ich gerade in Selm, gefühlt am anderen Ende Nordrhein-Westfalens. Ich war dort an einem Auswahlverfahren beteiligt. Irgendwann rief meine Frau an. Der Strom sei abgestellt worden, sagte sie.“

Es stellt sich schnell heraus, dass nicht nur Ponickaus Haus betroffen ist, sondern ganz Bad Münstereifel, der Wohnort des Kollegen. Gedanken macht er sich trotzdem nicht weiter. „Dann fuhr ich in Selm los. Es hat heftig geregnet.“ Auch an den Tagen zuvor regnet es ausgiebig. „Meine Fahrtzeit beträgt in der Regel zwei Stunden, aber ich konnte später schon nicht mehr von der Autobahn aus mein Haus ansteuern. Die Situation, wie sie sich später darstellte, war mir zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht bewusst. Ich habe halt gedacht, okay, bei dem Regen ist irgendein Bach in einem Vorort übergelaufen, und das ist es.“ Über einen Umweg gelangt der Kollege nach Bad Münstereifel. „Wir hatten direkt in der Innenstadt gewohnt. Die dortige Hauptstraße konnte ich gegen 19:00 Uhr noch befahren. Ich habe sogar den Einkauf aus dem Auto genommen.“

Ponickaus Haus steht auf einer die Erft überspannenden Brücke. Selbst bei Schmelze oder starken Regenfällen bleiben dort immer noch zwei bis drei Meter Abstand bis zur Wasseroberfläche. „Völlig unproblematisch, aber an diesem Tag bat mich meine Frau, doch einmal gucken zu gehen.“ Vielleicht noch einen Zentimeter macht er aus. „Das war der Moment, als mir klar wurde, wir müssen hier weg.“

Kein Zurück mehr

„In unserem Haus war eine Garage integriert, wir haben die Kinder einfach ins Auto gesetzt und wollten los. Die Straße, über die ich eine gute Stunde zuvor gekommen war, stand da schon einen halben Meter unter Wasser, sodass wir nicht mehr rausgekommen sind.“ Der erste Plan ist, die Nacht im Auto zu verbringen. Vielleicht kommen noch 20 Zentimeter Wasser, denken sie. Diese Annahme erweist sich als falsch. „In unser Haus zurück konnten wir jedenfalls nicht. Es lag auch auf der Hand, dass das Gebäude der Wasserwucht irgendwann nicht mehr standhalten würde. Wir kamen schlicht nicht weg.“ Das Auto scheidet als Option aus. Die Nachbarn, schräg gegenüber, erweisen sich als Rettung. Die Lage verschärft sich weiter, rasant steigt das Wasser, der Druck.

„In der ersten Phase machst du dir noch Gedanken über die Gegenstände im Haus, was gerade alles kaputt geht.“ Das Wasser steigt weiter. Gegen 21:00 Uhr stürzt das Haus neben dem des Kollegen ein. Er beobachtet dies vom Balkon. „In zwei Sekunden war das weg“. Ponickau atmet tief durch, trinkt einen Schluck. „Wie ein Kartenhaus ist das Gebäude zusammengefallen. Es ist ein Wunder, dass die sechs Bewohner mit dem Leben davon gekommen sind.“ Im kritischen Moment stehen diese auf einem untermauerten Balkon in der ersten Etage. Während um sie herum alles einstürzt, bleibt der Balkon unverseht. Die Bewohner bleiben unverletzt, doch das Wasser ist nur noch

wenige Zentimeter entfernt. „Natürlich wollten wir helfen. Es trennten uns etwa zehn Meter. Aber es war völlig unmöglich, dort hinzugelangen.“ Die Feuerwehr scheidet später mit einem Leiterwagen. Hubschrauber sind nicht da. Einen Rettungsversuch aus der Luft gibt es in dieser Nacht nicht. Am Morgen schaffen es die Bewohner, den Balkon zu verlassen. Dann stürzt auch dieser ein. „Es war wirklich bizarr, dass sprichwörtlich rettende Ufer zwar vor Augen, aber keine Chance zu haben, die Distanz zu überwinden. Als Erwachsener nicht und mit Kindern auf dem Arm erst recht nicht.“

Nur noch eine Ruine

Im ersten Licht zieht sich das Wasser zügig zurück. „Für uns eine Erlösung. Wir waren nicht mehr gefangen und konnten wieder raus. Eine schöne Erfahrung, auch wenn das jetzt vielleicht komisch klingt.“ Ponickau und dessen Nachbar gehen zum Haus des Kollegen. Das ist bereits in weiten Teilen eingestürzt. Die komplette Rückwand hat es ein paar Stunden zuvor erwischt. „Wir konnten noch ein paar Sachen sehen, die weggeschwommen sind. Ja, und dann knickten auch das Dach und die Dachterrasse weg.“

Ponickau stutzt. Ein junges Pärchen kommt ihm entgegen, in der Hand Dinge, die ihm gehören. „Die fragen mich auch noch, ob das mein Haus ist und klauen ganz stumpf das Spielzeug meiner Kinder.“ Der Kollege reagiert nicht. Ihm ist das in diesem Moment gleichgültig. Er ist froh, dass seine Familie und er die Flut überlebt haben. Mit dem Tunnelblick richtet er seinen Fokus darauf, jetzt irgendwie weiterzumachen. Der erste Gedanke: weg von hier. Doch wie? „Die Straßen waren komplett zerstört, ich habe nicht einen Pflasterstein mehr gesehen.“ Ponickau hat noch einen Zweitwagen. „Kuriöserweise habe ich den in der Nähe des Bahnhofs geparkt.“ Der liegt etwas höher, das Auto steht noch da. „Zu diesem Zeitpunkt hatte ich meine Familie, den Zweitwagen, mein Portemonnaie und ein Handy.“ Der Kollege nutzt einen kleinen Schleichweg aus der Stadt. „Wir wären dort sonst wieder gefangen gewesen.“

Mit dem Auto fahren sie zu Freunden in einen Nachbarort. Die wohnen auf einem Berg. Staunend nimmt er zur Kenntnis, dass seine Freunde über den extremen Verlauf



Ponickaus Familienhaus: Übrig blieb eine Ruine.

der letzten Nacht nicht viel mitbekommen haben. Einen Tag später tut Ponickau in einem Vorort von Euskirchen eine Ferienwohnung auf. Das dringliche Problem, schnell eine Unterkunft zu finden, ist zunächst geklärt. Die Wohnung ist klein. Hauptsache ein Dach über dem Kopf, denkt er.

Die Bauern packen an

„Man muss sich vorstellen, dass wir zu diesem Zeitpunkt nicht telefonieren konnten, Internet gab es auch keines. Kommunizieren war richtig schwierig.“ Bis eine spürbare Polizeipräsenz vor Ort ist, vergehen zwei oder drei Tage. „Aber ich will den Kollegen, da auf keinen Fall einen Vorwurf machen. Erstens kam man nach Bad Münstereifel nicht wirklich rein, und dann war da ja auch die schiere Menge von Einsätzen in anderen betroffenen Orten.“ Die Bauern in der näheren Umgebung packen sofort an. Mit schwerem Gerät füllen sie Löcher. Jetzt kommt man einigermaßen voran. Sehr schnell ereignen sich Plünderungen, eine Art Bürgerwehr formiert sich. Diese besteht aus Menschen, die nicht vom Wasser betroffen sind. Der Trupp kontrolliert die einzige passierbare Straße nach Bad Münstereifel. Sie soll vor allem für Bewohner und Rettungskräfte freigehalten

”

Die fragen mich auch noch, ob das mein Haus ist und klauen ganz stumpf das Spielzeug meiner Kinder.

werden. „Es war beeindruckend, wie schnell sich da Menschen zusammengefunden haben, und jeder versucht hat, seine Talente einzusetzen.“

Ponickau ist Realist. Er weiß, dass er und seine Familie nicht mehr in das Haus über der Erft zurückkehren werden. „Du denkst immer wieder darüber nach, das Haus wiederaufzubauen. Doch durch die spezielle örtliche Lage hättest du wahrscheinlich nie wieder eine ruhige Nacht gehabt.“ Rund zwei Wochen lang entrümpelt er das Haus und müht sich, aus der Ruine Dinge zu retten. „Zwei Tage nach der Flut hätte ich Urlaub gehabt. Auch so ein Ding. Eigentlich wollten wir mit den Kindern nach Italien. Ich weiß gar nicht mehr, wann ich das ers-

te Mal meine Dienststelle kontaktiert habe.“ Am Ende nimmt er seinen kompletten Jahresurlaub. „Später habe ich erfahren, dass sich die Kolleginnen und Kollegen im Polizeihauptpersonalrat umgehend dafür stark gemacht haben, die Sonderurlaubsverordnung entsprechend anzupassen.“ Je nach Betroffenheit werden nun bis zu 20 Sonderurlaubstage bereitgestellt. Ponickau kriegt das erst später mit. Der Kollege ist sich so kurz nach der Flut den Gefahren weiterer Einstürze nicht bewusst. „Als Polizist hätte ich die Leute von der Gefahrenstelle weggeschickt, als Betroffener blendest du das aus.“ Aus der ersten Etage ist noch einiges zu gebrauchen. „Das Schlimmste war, dass ich alle Familienfotos auf Festplatten im Erdgeschoss hatte.“ Vieles ist weg.

Komplexe Hilfsangebote

Fast ein Jahr später ist für den Polizeibeamten aus Bad Münstereifel die Flutkatastrophe noch lange nicht Geschichte. In manchen Ortschaften sieht es noch so aus wie ein, zwei Tage nach der Flut. „Wir hatten ein Riesenglück in der Katastrophe. Es dauerte nicht lange, bis wir in einem Nachbarort ein neues Haus gefunden haben. Andere jedoch konnten bis heute noch nicht einmal anfangen zu

sanieren, geschweige denn mit dem Wiederaufbau beginnen. Viele leben zudem in einem finanziellen Nirwana. Ich habe immer noch meine Besoldung bekommen.“ Freunde Ponickaus, Gastronomen aus Bad Münstereifel, stehen indes vor dem kompletten Ruin. Deren Geldquelle ist durch die Flutschäden versiegt.

Die Regelungen zur Unterstützung, zur Wiederaufbauhilfe sind sehr komplex: „Fünf Abende habe ich gebraucht, um die Formulare auszufüllen. Viele andere haben zu dieser Zeit noch nicht einmal einen PC gehabt. Es fängt schon damit an, dass man die Steuernummern aller Hausbewohner eintragen muss. Wie machst du das, wenn du keine Unterlagen mehr hast? Du stößt da auch schnell auf Unverständnis.“

Unfassbare Solidarität

Die Kolleginnen und Kollegen unterstützen Ponickau derweil. Die Hilfe und Spendenbereitschaft ist gigantisch. GdP-Kreisgruppen organisieren Helfergruppen und Material. Ein Auto hält, es kommt der Abrisshammer, der just gebraucht wird.

„Das rührt mich noch heute an. Da sind so viele vorbeigekommen, die einfach mal sieben, acht Stunden angepackt haben. Einige haben mir bei Renovierungsarbeiten im neuen Haus geholfen. Dadurch konnten wir schneller einziehen. Das haben die Kolleginnen und Kollegen getan, obwohl sie teils 12-Stunden-Schichten hatten. Für mich der Ausdruck einer unfassbar großen Solidarität.“

Ponickau schaut sich um. Überall bieten Menschen Hilfe an, greifen zur Schaufel, stehen bis zu den Knien im Matsch oder Schutt. „Ohne diese Hilfe wären viele Betroffene nicht einmal im Ansatz so weit wie heute, und wir auch nicht! Prinzipiell gibt es in der Katastrophe nichts schönes, dazu sind viel zu viele Menschen gestorben, doch die Gemeinschaft, die in der Nachphase entstanden ist, die ist gigantisch.“

Bizarre Situationen

Noch heute helfen vereinzelt Handwerker in den von der Flut betroffenen Gebieten freiwillig aus. Aber auch der Verwaltungsapparat ist wieder komplett aktiv. „Du stehst dann als Freiwilliger vor einem Haus, in



Foto: Zehlske

Alexander Ponickau ist Nordrhein-Westfale und seit rund 20 Jahren für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) aktiv. Der 44-jährige Polizeihauptkommissar begann seinen GdP-Weg in der JUNGEN GRUPPE (GdP). Er wirkte zudem als Vertrauensperson, war zunächst Schriftführer, später Vorsitzender der Kreisgruppe Bezirk Brühl. Der fünffache Familienvater amtiert momentan als stellvertretender Vorsitzender des GdP-Bezirksverbandes Aus- und Fortbildung und ist in mehreren örtlichen Personalräten sowie im Polizeihauptpersonalrat seines Landes vertreten. Ponickau ist Teil der GdP-Arbeitsgruppe „Großschadensereignisse“.

dem du irgendetwas reparieren würdest, kommst jedoch nicht zum Zuge, weil entweder der Zugang zum Gebäude oder gleich die ganze Straße gesperrt ist. Oder man parkt an der falschen Stelle und kriegt noch ein Verwarnungsgeld aufgedrückt. Das ist teils echt bizarr.“

Womöglich auch deshalb, weil Bad Münstereifel eine „Outlet-City“ ist. „Es ist zu spüren, dass das Verwaltungshandeln primär darauf ausgelegt ist, den Wirtschaftsbetrieb wieder zum Laufen zu bringen.“ Für die Anwohner bleiben vor allem Probleme und die Erft eine Gefahr.

Wann?

Ponickau kann nicht erkennen, dass sinnvolle Lehren aus der Flut gezogen werden. „Tatsächlich wird der Fluss an einigen Stellen sogar noch begradigt, als ihn in seinem natürlichen Bett fließen zu lassen. Außerdem laufen nach Bad Münstereifel – die Stadt liegt in einem Tal – noch einige Bäche. Der Hochwasserschutz müsste doch viel weiter vorgelagert werden. Als Anwohner kriegst du noch mit, dass das alles höchstens in der Planungsphase ist.“ Der Kollege zitiert die Worte eines guten Freundes: „Alle, die dort noch wohnen, sind Wartende. Wartende auf die nächste Flut.“ ■



Foto: Alex Ponickau

Das massiv drückende Wasser lässt die Rückwand des Hauses einstürzen.



Ein starkes Team: Janina Pape und Tochter Mara.

„ICH HABE EIN BEHINDERTES KIND“

Rückenwind

Das Netzwerk „Rückenwind“ in Schleswig-Holstein richtet sich an Polizistinnen und Polizisten, die Eltern behinderter Kinder sind. DP hat mit dem Initiator Marcus Ebbecke und Powerfrau Janina Pape gesprochen – über psychische Gesundheit, Resilienz und die dunkle Seite der Polizeikultur.

Danica Bensmail

Mit den Jahren kam Marcus Ebbecke immer langsamer voran. Schuld daran war nicht die steife Brise seiner Heimat an der schleswig-holsteinischen Küste. Vielmehr sorgte diese seltsame Sache namens Leben für zunehmenden Gegenwind bei der Bewältigung des Alltags.

Der Gruppenleiter der Wasserschutzpolizei in Brunsbüttel ist verheiratet und dreifacher Vater. Sein ältester Sohn Tim hat besondere Bedürfnisse. Der 20-jährige Epileptiker ist halbseitig gelähmt und auf einen Rollstuhl angewiesen. Im Alltag bedeutet das oft: Ohne Papa geht es nicht. Marcus hat keine Wahl. Er muss sich vierteilen: für den Dienst, für seine Frau, seine zwei anderen Söhne und Tim. „Die meisten Leute haben keine Vorstellung davon, was das an Organisation und zeitlichem Mehraufwand bedeutet“, sagt Marcus, seine Kollegin Janina nickt.

Alles unter einen Hut

Als 2005 die Luft zum ersten Mal dünner wurde, wandte sich Marcus an die Behindertenvertretung seiner Behörde. „Tim hatte einen längeren Krankenhausaufenthalt und eine sechswöchige Kur vor sich. Ich hatte keine Ahnung, wie ich das mit der Arbeit unter einen Hut bringen sollte“, erinnert sich Marcus. Statt Rat und Tat stieß er auf Schulterzucken. Die Behindertenvertretung sei an dieser Stelle nicht zuständig, sagte man ihm. Immerhin sei Marcus selbst doch gesund. Ach so, na dann ...

Er habe unbezahlten Urlaub genommen, um seinen Sohn begleiten zu können, aber: „Wenn du länger als vier Wochen aus dem Dienst bist, musst du dich selbst versichern.“

Runterschlucken, weitermachen

Der Druck zu funktionieren und es allen recht zu machen sei gewaltig gewesen. Marcus erzählt: „Ich war damals noch auf dem Bezirksrevier. Bei einem Verkehrsunfall war ich der erste vor Ort und habe bei dem eingeklemmten Unfallopfer gesessen. Ich habe mit ihm gesprochen, während die Sanitäter ihn operiert haben. Dann kommst du nach Hause und deine Frau sagt dir: Es war ein beschissener Tag, mir geht es hundeeleend. Ich habe dann einfach runtergeschluckt,

was mich belastet hat. Ich hatte lange Zeit keine Möglichkeit, das loszuwerden.“

Es sei damals eine schwere und einsame Zeit gewesen. „Ich hatte keinen, dem ich mich anvertrauen konnte. Es gab keinen, der nachvollziehen konnte, wie belastend mein Alltag war“, sagt er. Seinen damaligen Kollegen ist er dennoch bis heute dankbar: „Die haben viel aufgefangen und sind für mich Streife gefahren“, sagt Marcus. Trotzdem sei irgendwann einfach die Luft raus gewesen ...

Diagnose: Burn-out

Beamtinnen und Beamte mit behinderten Kindern könnten nicht so einfach Überstunden aufbauen, erklärt Marcus. „Ich habe mal ein halbes Jahr Tagesdienst gemacht und war am Ende bei minus einhundert Stunden, weil mein Sohn eine Erkältung hatte. Ich müsste so jeden Tag zehn Stunden Dienst machen, um mal einen Tag frei zu haben.“ Zwei Jahre, eine Kur und einen Reha-Besuch später ist Marcus leer. Alle. Ausgebrannt. Diagnose: Burn-out. Ein bitteres Ende und gleichzeitig ein Anfang.

Endlich Rückenwind

Trotz aller Hindernisse und Rückschläge wagt Marcus einen zweiten Anlauf und sucht nach Verbündeten. Über die Polizei-

seelsorge kommt im Juni 2015 das erste Treffen der Initiative „Rückenwind“ zustande. „Seit der Gründung ist bei jedem Treffen ein neues Mitglied mehr dabei. Beim letzten Treffen waren es sogar vier oder fünf“, freut er sich. Aktuell sei die Gruppe über 30 Mitglieder groß. Seit der Gründung der Initiative finden im Halbjahresrhythmus Treffen in Form von Workshops statt. Diese sind Teil des polizeilichen Fortbildungsprogramms der Gesundheitsprävention und werden als Lehrgang ausgeschrieben.

„Als betroffene Eltern bilden wir ein Netzwerk mit sehr breit gefächertem Wissen und vielen Erfahrungen. Wir geben unser Wissen gern an Hilfesuchende und Interessierte weiter“, sagt Janina.

Ein Quell der Kraft

Das Netzwerk sei für alle Mitglieder ein gegenseitiger Quell der Kraft. Dass man Antworten auf Fragen bekomme, sei die mit Abstand größte Ressource der Gruppe. „Mir hat es sehr geholfen zu sehen, dass ich nicht allein bin. Da fließen auch mal richtig viele Tränen, und das tut unglaublich gut“, unterstreicht Janina.

Die Polizistin und ihr Mann haben zwei behinderte Kinder. Janina erinnert sich: „Mir ging es damals nicht anders. Ich hatte ganz viele unbeantwortete Fragen und habe mir gewünscht, dass es jemanden gibt, der mir beisteht. Aber da war niemand. Durch Marcus Initiative ist das anders.“

ANZEIGE



11 Marken. 30 Autohäuser. 1 Team.

www.brass-gruppe.de

brass
Geht's ums Auto, geh' zu brass.



Ohne Papa geht es nicht: Marcus und Sohn Tim.

2007 wird Janina zum ersten Mal Mutter. „Unser Sohn Josh kam gesund zur Welt. Erst mit neun Monaten wurde festgestellt, dass er sich nicht altersentsprechend entwickelt.“ Mit elf Monaten dann die schreckliche Nachricht: Ihr Sohn ist schwer körperlich und geistig behindert. Fünf Jahre Diagnostik und viele Ärzte später ist die Ursache bis heute weiterhin unklar.

Janina und ihr Partner bekommen ein zweites Kind: „Unsere Tochter Mara hat augenscheinlich dieselbe Behinderung, von der man bis heute nicht weiß, was es ist. Josh hat laufen gelernt, Mara nicht. Sie sitzt im Rollstuhl. Beide Kinder können nicht sprechen, beide Kinder können keine Gefahren einschätzen, sind inkontinent und müssen gefüttert werden. Das war schon eine große Belastung.“

Bloß keine Schwäche zeigen

Auf der Arbeit hielt sich Janina lange bedeckt. „Es wussten schon alle, dass ich ein Kind bekommen habe. Aber das mit der Behinderung habe ich für mich behalten.“ Sie habe so viele Nachtschichten wie möglich gemacht, um tagsüber für ihren Sohn da sein zu können. „Als meine Tagesmutter mit einem Bandscheibenvorfall für fünf Monate ausfiel, war ich so kaputt, dass ich auf

dem Fußboden im Kinderzimmer geschlafen habe, während mein Kind sich selbst beschäftigt hat.“

Mit Maras Geburt kann Janina die Doppelbelastung nicht länger vor ihrem Dienstherrn geheim halten. Dabei gerät ihr Selbstverständnis als Polizistin mächtig ins Wanken: „Jeder, der behinderte Kinder hat, bäumt sich dreimal mehr auf und sagt: Ich pack das alles. Bloß keine Schwäche zeigen. Wir sind doch hier, um anderen zu helfen. Da kann ich doch nicht selbst Hilfe in Anspruch nehmen“, erinnert sie sich.

Rotz und Schnodder

So wie Marcus kennt auch Janina die Situation, den Dienst mit langwierigen Krankenhausaufenthalten der Kinder unter einen Hut bringen zu müssen. „Bei uns waren es damals acht Wochen. Vom Sonderurlaub war das nicht gedeckt. Es war nämlich ein geplanter Klinikaufenthalt, keine spontan aufgetretene Krankheit.“

Janina und ihr Mann hatten gerade gebaut. Acht Wochen lang auf ein zweites Gehalt zu verzichten wäre unmöglich gewesen. „Ich bin in meiner Verzweiflung zu unserem Polizeiarzt gegangen und habe Rotz und Schnodder geheult“, erzählt die zweifache Mutter. Der Arzt habe erkannt, dass

sie in ihrem Zustand nicht arbeitsfähig gewesen sei und habe sie krankgeschrieben. „Ansonsten hätte ich eine Betreuungskraft einstellen müssen, die mein Kind bei einer lebensbedrohlichen Operation in die Klinik begleitet.“

Bitte helft mir!

Mit der Geburt ihrer Tochter hat das Schweigen ein Ende: „Ich bin nach Maras Geburt an meinen Vorgesetzten herangetreten und habe gesagt: Ich brauche Hilfe.“ Um den Alltag damals bewältigen zu können, hatten sie und ihr Partner Sohn Josh bereits schweren Herzens unter der Woche in ein betreutes Internat gegeben. „Die Wochenenden wollte ich aber unbedingt mit ihm verbringen“, sagt Janina. „Im Schichtdienst wäre das so nicht möglich gewesen, und zum ersten Mal in meinem Leben habe ich die Karte gezogen: Ich habe zwei behinderte Kinder. Bitte helft mir.“

Besser könnte es kaum sein

Janina gelingt es, in den Innendienst ins Landespolizeiamt versetzt zu werden. Als sogenannter Unterbringungsfall wird ihr Antrag prioritär behandelt. Und Stück für

Stück sinkt der Druck. Geregelter Tagesdienst und Gleitzeit helfen dabei. „Ich arbeite nur 30 Wochenstunden, vier Tage die Woche. So kann ich freitags rechtzeitig meine Kinder holen“, sagt sie und strahlt. „Ich kann meine Arbeitszeit sehr frei gestalten. Besser könnte es kaum sein.“

Leider ein Einzelfall. Für die restlichen Mitglieder der Gruppe ist es oft schwieriger. „Ich traue mich schon gar nicht mehr, davon zu erzählen – aus schlechtem Gewissen“, sagt Janina.

Gestresst, gemobbt, gebrochen?

Marcus erzählt vom Arbeitsalltag eines Kollegen. Der sei gemobbt worden, weil er nicht flexibel im Dienst einsetzbar war. „Wir haben einige, die wirklich die Arschkarte haben“, sagt Marcus. Viele Kolleginnen und Kollegen seien richtig leidensfähig. „Die arbeiten richtig lange, richtig hart am Limit.“ Der gemobbte Kollege habe sich „erdreistet“, Dinge von seiner Dienststelle einzufordern. Das sei nicht gerne gesehen, sagt Marcus. „Es kommt wirklich darauf an, wen du als Vorgesetzten hast. Das ist ein ganz, ganz großes Problem, dass du viele hast, die noch eine alte Mentalität haben. Die haben Schwierigkeiten damit, wenn jemand sagt: Ich kann nicht mehr. So einen Revierleiter hatte ich auch schon einmal.“

Auch Janina kennt den mitunter rauen Umgangston im Kollegenkreis. „Ich musste mir wirklich sehr viele dumme Sprüche anhören. Wenn ich an einer Dienstversamm-

lung nicht teilnehmen konnte, hieß es zum Beispiel: Ja, sie zieht wieder ihren Behindertenbonus. Das haben Kollegen mir ins Gesicht gesagt. Ich hatte gar nicht die Kraft, etwas darauf zu erwidern. Ich habe mich nur noch mit Tränen in den Augen abgewendet.“

Ihr habt doch alle keine Ahnung

Viele Kollegen wüssten gar nicht, wovon sie redeten, sagt Janina. „Ich hatte eine Kollegin, die gerne gestichelt hat. Nach anderthalb Jahren habe ich sie zu mir nach Hause eingeladen, damit sie sieht, wie mein Tag aussieht.“ Damit, dass die Kollegin tatsächlich auftauchen würde, hätte Janina nicht gerechnet. Mit der Entschuldigung auch nicht. „Lustigerweise ist das die einzige Kollegin aus meiner alten Dienststelle, zu der ich heute noch Kontakt habe.“

Viele Betroffene wollten den Kollegen nicht zur Last fallen und versuchten, den Dienst trotz Doppel- und Dreifachbelastung aufrechtzuerhalten. „Ein halbes Jahr lang habe ich pro Nacht zweieinhalb Stunden geschlafen und im Schichtdienst 30 Stunden gearbeitet“, führt Janina aus.

Die dunkle Seite der Polizeikultur

Es müsse noch stärker für die Belastungen, denen die Kollegen mit behinderten Kindern im Dienstalltag ausgesetzt seien, sensibilisiert werden, unterstreichen Janina und

Marcus. Das Problem dabei: Die viel zitierte Polizeikultur. „Du giltst in unseren Reihen als schwach, wenn du Probleme zugibst“, sagt Marcus. Und irgendwie werde ein behindertes Kind Teil der eigenen Schwäche. „Darum verschweigen das viele Kolleginnen und Kollegen. Es kostet auch echt Überwindung, das tatsächlich auszusprechen“, sagt Janina. Zwar finde mittlerweile ein Wandel im Denken statt, doch nur sehr langsam und zögerlich. Janina und Marcus sind sich einig: Das muss sich dringend und grundlegend ändern. Davon würden alle Polizistinnen und Polizisten langfristig gesundheitlich profitieren.

Die beiden sind froh über den Austausch in der Gruppe. „Mir tut das gut“, sagt Janina. Die Gruppe gebe ihr das Gefühl von Geborgenheit. „Jeder kann frei sprechen. Es gibt auch kein Ranking. Da wird und darf nicht verglichen werden. Jedes Kind ist anders und besonders und verdient deswegen auch eine andere Aufmerksamkeit.“

Für Marcus ist klar: „Wenn ich damit auf der Arbeit nicht offen umgehe, wird alles noch schlimmer, und ich mache mich angreifbar.“ Janina nickt zustimmend: „Das erste Mal habe ich es falsch gemacht“, sagt sie. „Ich kann andere nur ermutigen, von Anfang an mit offenen Karten zu spielen. Ich würde es immer wieder so tun.“ ■

ANZEIGE

Preise mit Blaulicht, exklusiv für die Polizei

Mit unserem **Business Flex Mobil** Einstiegstarif sind Sie **schon ab 15 € im Monat*** überall perfekt vernetzt! Sichern Sie sich bis zu 5 Verträge für sich und Ihre Lieben, 4 GB Datenvolumen sowie die Telefonie- und SMS-Flat!

Interessiert? Wir sind für Sie da.

Ihre Mitarbeiter-Service-Hotline: 0800 3300 34531
Senden Sie eine E-Mail an: rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de
Nennen Sie bei allen Kontakten Ihre Vorteilsnummer: **MA053**
Zum Online-Shop: www.public.telekom.de/angebote-mobilfunk
Deutschlandweit in allen Telekom Shops
Terminvereinbarung unter: telekom.de/terminvereinbarung

Online-Shop



Passende Smartphones? Preiswert online!



Erleben, was verbindet.

*Im Tarif Business Mobil Flex S ohne Handy mit einer Mindestvertragslaufzeit von 24 Monaten, gültig für Berechtigte im Rahmenvertrag MA053. Der Bereitstellungspreis entfällt. Es gelten die AGB der Telekom Deutschland GmbH unter www.telekom.de/agb. Ein Angebot von: Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn.



MITBESTIMMUNG

Manchmal wird ein Katz-und-Maus-Spiel mit uns Personalräten ausprobiert



Foto: sz3207/stock.adobe.com

Nebenan, im großen Sitzungssaal der Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin, werden die Getränke aufgefüllt. Die Mitte-Juni-Sitzung der Polizeihauptpersonalräte wird in wenigen Minuten fortgeführt. Bevor es weitergeht, nehmen sich die bayerische GdP-Kollegin Ulrike Rauskolb-Kunz und Jörn Liebig (GdP Mecklenburg-Vorpommern) noch ein wenig Zeit für DP. Ein Gespräch über Mosaiksteine, Basisnähe und den Föderalismus.

Michael Zielasko

DP: Was sind die künftigen Herausforderungen an Personalräte in den Polizeien hierzulande? Können Sie den Lesenden Eure Top 3 nennen?

Ulrike Rauskolb-Kunz: Da ich gerade aus dem Treffen der GdP-Polizeihauptpersonalräte komme, in dem der Mord an unseren beiden Kollegen in Kusel thematisiert wurde, liegt mir die bundeseinheitliche Versorgung von Beamtinnen, Beamten, Anwärterinnen und Anwärtern nach qualifizierten Dienstunfällen aktuell besonders am Herzen. An dieser Stelle ist einfach Solidarität gefordert und eben nicht das Beharren auf föderalen Gepflogenheiten. Ebenso aktuell, also mein Punkt zwei, ist natürlich die Pandemie, die noch lange nicht ausgestanden ist. Rund die Hälfte der Kolleginnen und Kollegen in Bayern haben die Covid-Erkrankung durchlebt und gelten offiziell als genesen. Aber genesen heißt nicht in jedem Fall gesund, einsatzfähig und belastbar wie vor der Infektion.

DP: Was heißt das konkret, Ulrike?

Rauskolb-Kunz: Ein Beispiel aus dem täglichen Dienst sind junge, sportliche Kolleginnen und Kollegen, die nun eben nicht mehr voll einsatzfähig sind. Die berichten mir, dass sie im Dienst, beispielsweise beim Treppensteigen zum Einsatzort in einer Wohnung im dritten Obergeschoss, nur schlecht Luft bekommen und völlig außer Atem oben ankommen. Andere haben Konzentrationsprobleme oder auch Schwierigkeiten, sich etwas zu merken. Das ist für Polizeibeschäftigte eine große Beeinträchtigung in ihrem täglichen Dienst – für Vollzugs-, Verwaltungsbeamte und Polizeiangeestellte. Und ich meine damit nicht nur Long-Covid-Patienten, die betroffen sind, sondern auch Kolleginnen und Kollegen, die niederschwellig dauerhaft unter den Folgen leiden.

DP: Und Deine Nummer 3?

Rauskolb-Kunz: Ach, ein wichtiges und dauerhaftes Thema ist natürlich die permanente Überbelastung unserer Kolleginnen und Kollegen. Die Polizei bekommt einfach immer mehr Aufgaben, die auch marginale Personalmehrungen nicht ausgleichen können. Wir alle wissen, wohin dauerhafte Überbelastung führt. Das macht unseren Beruf auch beim Nachwuchs weniger attraktiv. Das sind meine derzeitigen persönlichen Hauptthemenfelder. Aber in der Personalarbeit geht es nicht nur um die großen Themenfelder, sondern um viele, teils kleine Dinge, die dennoch wichtig sind. Wie bei einem Mosaik. Je mehr Steine man zusam-

menfügen kann, desto eher ergibt sich ein hoffentlich schönes Bild. Das Kümmern um jedes, noch so kleine Steinchen bedeutet für mich, den Kollegen oder die Kollegin grundsätzlich wertzuschätzen.

DP: Ein kleines Steinchen?

Rauskolb-Kunz: Kleine Steinchen sind für mich zum Beispiel die Forderung einer Tageslichtlampe für Schießausbilder, die lange Zeit in Kellern ohne natürliches Licht zu bringen. Es geht nicht immer um das große Ganze, und das sollte es auch nicht.

Jörn Liebig: Das stimmt, Ulrike. Und dennoch: Wir haben in unserem Austausch festgestellt, dass uns der Föderalismus sehr unterschiedliche Regelungen beschert hat. Ich empfinde das in vielen Fällen als Hemmschuh.

DP: Inwiefern, Jörn?

Liebig: Die Kolleginnen und Kollegen schauen natürlich auf die anderen Länder und denken sich, aha, die machen das da so und so, und warum sind wir hier noch nicht so weit? Hier einen Einklang herzustellen, wäre einer meiner zentralen Punkte. Meine zweite ist die Personalgewinnung. Es ist kein Geheimnis, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern (M-V) Schwierigkeiten haben, qualifizierte junge Menschen für den Polizeiberuf zu begeistern. Die geforderten Einstellungszahlen erreichen wir nicht. Das heißt, wir müssen die Polizei attraktiver machen. Und genügend Mitbewerber haben wir am Arbeitsmarkt sowieso. Drittens: der Wissenstransfer.

DP: Was meinst Du damit:

Liebig: Bei uns werden mehr Beschäftigte pensioniert und verrentet. Deren Erfahrungswissen löst sich quasi in Luft auf. Was jedoch funktioniert, ist das Einrichten mobiler Arbeitsplätze. Da hat Corona offenbar für entsprechenden Rückenwind gesorgt. Wir haben bereits Dienstvereinbarungen abgeschlossen und wollen das Ganze weiter mit Leben füllen. Nichtsdestotrotz steht natürlich der weitere Digitalisierungsprozess auf unserer Agenda.

DP: Könnt Ihr Euch vorstellen, dass jede und jeder Polizeibeschäftigte in den Genuss des mobilen Arbeitens kommt?

Liebig: Momentan kann ich mir das so nicht vorstellen. Bei den Kolleginnen und Kollegen im Wechsel- und Streifendienst stehen schlicht praktische Zwänge im Weg. Wir haben jedoch auch für diese Beschäftigten etwas erreicht und Positives geschaffen.

DP: Wie sieht das aus?

Liebig: Flexible Tage. Sechs Tage im Jahr können die Kolleginnen und Kollegen von zu Hause aus Fortbildungen machen oder Dienstsport, vielleicht auch anderweitige Vorbereitungen. Vor allem sind jedoch der Bereich der Kriminalpolizei sowie die Verwaltung Nutznießer des mobilen Arbeitens.
Rauskolb-Kunz: Ja, das ist so. Es gibt eben Bereiche wie den uniformierten Schichtdienst, die Präsenz erfordern. Dort ist es nur in einem geringen Maße möglich, die Arbeit nach Hause zu verlagern. In Bayern

ANZEIGE

PERFEKT
IM EINSATZ.ZEPHYR GTX MID TF
TASK FORCELOWA
PROFESSIONALGdP-Plus
Partner

Ulrike Rauskolb-Kunz ist stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Bayern. Die 52-Jährige trat 1997 in die GdP ein und nimmt seit 2010 gewerkschaftliche Funktionen wahr. Mitte 2016 zog sie als freigestellte Personalrätin in den örtlichen Personalrat des Polizeipräsidiums Mittelfranken ein, seit Herbst 2019 ist Rauskolb-Kunz Mitglied des Hauptpersonalrates.



Foto: privat

DP-Gesprächspartnerin
Ulrike Rauskolb-Kunz

wurde jetzt aktuell eine Regelung auf den Weg gebracht, die mobiles Arbeiten an vier Tagen pro Monat von zu Hause ermöglicht. Das wäre vor Corona doch nur schwer denkbar gewesen.

DP: Das Stichwort Föderalismus ist ja bereits gefallen. Insbesondere bei Unterstützungseinsätzen bringen die Kräfte Eindrücke mit. Was dringt zu Euch durch?

Liebig: M-V ist nicht überall das Schlusslicht. Aber es gibt schon ein paar Punkte, die den Kolleginnen und Kollegen aufstoßen. Die Besoldungsunterschiede zum Beispiel, auch die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage oder die Gewährung und Höhe anderer Zuschläge wie die für den Dienst zu ungünstigen Zeiten. Da sind andere Länder weiter. Und bei größeren länderübergreifenden Einsätzen unterhält man sich schon mal. Das kommt dann bei uns als Auftragslage an.

DP: Und das Umsetzen? Wie realistisch schätzt Ihr es ein, diese Unterschiede zur Zufriedenheit aller aufzulösen?

Liebig: Unser Land hat bereits einige Dinge angefasst und bewegt. Noch sind es eher kleine Steine, wie es Ulrike es vielleicht nennen würde (lacht).

DP: Was denn?

Liebig: Unsere Polizeizulage ist nunmehr dem Bundesdurchschnitt angepasst worden. Da waren wir viele Jahre hinten dran und quasi abgekoppelt. Unsere Regierung dürfte gemerkt haben, dass sie was tun muss, um die Abwanderung von Bewerberinnen und Bewerbern nach Brandenburg

oder Schleswig-Holstein zu stoppen. Dort gibt es das Einstiegsamt A8. Bei uns ist es die A7. Das heißt zudem, dass M-V von der zweigeteilten Laufbahn ein gutes Stück entfernt ist. Meist sitzen die Blockierenden im Finanzressort.

DP: Bei einem Gespräch mit zwei Innenausschuss-Abgeordneten der Unionsfraktion des Deutschen Bundestages stellte sich heraus, dass kein sonderliches Interesse daran besteht, diese Föderalismusfolgen abzumildern. Im Gegenteil, so deren Argument, stärke doch dieser Föderalismus den Wettbewerb der Länder untereinander. Was meint Ihr?

Rauskolb-Kunz: Wettbewerb an sich kann ja durchaus etwas Positives sein, und ich möchte auch hier den Föderalismus nicht aushebeln. Aber für gleiche Leistungen müssen bundesweit gleiche Gehälter gezahlt werden. Ist die Arbeit, die ein Kollege bei der Anzeigenaufnahme in Berlin leistet, etwa weniger wert als in einem südlichen Bundesland? Um Ordnungswidrigkeiten und Straftaten bestimmen und abarbeiten zu können, braucht es solides Fachwissen – und das bundesweit. Deshalb ist es nicht akzeptabel, dass derartige Unterschiede in der Besoldung und Bezahlung gemacht werden.

DP: Ulrike hat es ja schon angedeutet, Polizeiarbeit ist für Steuerzahlende unterschiedlich teuer. Prinzipiell kostet eine Verkehrskontrolle in Bayern wegen der besseren Besoldung mehr als in M-V. Das ist doch dem Bürger kaum vermittelbar, oder?

Liebig: Na ja, vor vielen, vielen Jahren wurde die Vereinheitlichung der Besoldung noch als großer Erfolg gefeiert. Dann Mitte der Nuller-Jahre hat man das Ganze wieder zurückgeschraubt. Ich finde, viele Argumente, die für diesen Teil des Föderalismus sprechen, sind im Egoismus geboren. Für die Polizeibeschäftigten hierzulande ist das eigentlich ein ziemlicher Klotz am Bein. Das schafft Unzufriedenheit. Am Ende geht es um diejenigen, die für die Gesellschaft einen sehr gefährlichen Beruf ausüben. Das an unterschiedlich gefüllte Finanztöpfe zu koppeln, halte ich für falsch.

DP: Ihr seid beide auf einer relativ hohen Ebene der Personalratsarbeit angekommen. Da gibt es sicherlich manchmal den

Vorwurf, dass Ihr schon zu weit weg vom Geschehen in der Dienststelle seid. Wie haltet Ihr Kontakt zur Basis?

Liebig: Ja, der Vorwurf steht latent im Raum. Wenn jemand unzufrieden ist oder sich benachteiligt fühlt, man aber leider nicht helfen kann, dann ist das eben schnell gesagt. Ich jedenfalls mache Einsatzbetreuung, bin vor Ort, führe Gespräche, besuche Personalversammlungen – übrigens haben wir selbst angesprochen, dass wir auch dazu eingeladen werden – und nehme nicht nur vieles mit, sondern kann auch noch dort einiges erklären, was da oben der Hauptpersonalrat so alles bewegt hat. Ich fühle mich jedenfalls mittendrin und bin alles andere als abgehoben.

Rauskolb-Kunz: Bei mir ist es noch etwas einfacher. Ich bin ja nicht die Vorsitzende des Personalrates, sondern ordentliches Mitglied im örtlichen und Hauptpersonalrat. Somit bin ich von vielen Verwaltungsarbeiten, die ein Vorsitzender zu erledigen hat, nicht betroffen. Ich fahre zweiwöchentlich zur HPR-Sitzung nach München und öPR-Sitzung nach Nürnberg. Ansonsten bin ich in meiner früheren Dienststelle anzutreffen oder besuche andere, um mit der dortigen Kollegenschaft ins Gespräch zu kommen. Und bei mir im Haus, wo ich früher bei der Kripo in verschiedenen Kommissariaten tätig war und auch eine große Polizeiinspektion untergebracht ist, sind die Wege sowieso kurz. So habe ich stets den direkten Kontakt zu meinen Kolleginnen und Kollegen.

Liebig: Wir machen unsere HPR-Sitzungen übrigens nicht nur im Innenministerium, sondern fahren im Wechsel zu allen Dienststellen. In unseren vier Wahljahren werden wir alle K-Dienststellen, Polizeiinspektion und Präsidien besucht haben. Das ist doch schon einmal ein Angebot. Neu eingeführt haben wir auch einen Gesprächstag an der Fachhochschule. Einmal pro Woche ist dann jemand aus dem Hauptpersonalrat dort vor Ort.

DP: Sollten GdP-Spitzenfunktionäre denn auch etwas mehr Praxisluft schnuppern und häufiger den Puls des Dienstilltages fühlen?

Liebig: Man kann nie genug machen. Ich glaube jedoch, diese Kolleginnen und Kollegen sind in so vielen Gremien vertreten, in denen umfassende Informationen aus den Ländern und dem Bund vermittelt werden, so-

Der Schweriner Jörn Liebig ist seit 1990 in der GdP. Er füllte verschiedenste Funktionen aus. Heute amtiert er als stellvertretender Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern (MV). Der 56-Jährige ist seit 2001 freigestellt. Als Personalratsvorsitzender wirkte er in der Bereitschaftspolizei, seit Mitte 2017 ist er Vorsitzender des Polizeihauptpersonalrates in MV.

dass sie über einen guten Überblick verfügen. **Rauskolb-Kunz:** Das sehe ich auch so. Für den Betreuungseinsatz beim G7-Gipfel in Elmau haben sich ja einige Spitzenfunktionäre bei uns bereits angekündigt. Viel näher geht es dann nicht mehr.

DP: Welches Bild, glaubt Ihr, hat der Dienstherr von Euch. Die ewigen Nörgler oder Partner, mit denen man was schafft?

Liebig: Pauschal kann ich darauf nicht antworten. Es gibt beides. Ja, es wird oft gesagt, wir wollen eure Meinung hören, natürlich beteiligen wir euch. Die Erfahrung sagt jedoch, davon kannst du 50 Prozent abziehen. Erfreulich ist jedoch, dass die andere Hälfte keine Worthülsen verstreut, sondern konkret Zusammenarbeit fördert. Für andere scheint Mitbestimmung eher eine Art Pflichtaufgabe zu sein.

Rauskolb-Kunz: Ja, Jörn, das schätze ich genauso ein. Gar nicht so selten erfahre ich echte vertrauensvolle Zusammenarbeit. Das sind die Momente, in denen man oft effektiv viel zum Wohle der Kollegenschaft und der Dienststelle herausholen kann. Momente und Erfolge, die zufrieden machen. Manchmal wird jedoch ein Katz-und-Maus-Spiel mit uns Personalräten ausprobiert und dann vermisst man Transparenz und Ehrlichkeit auf der anderen Seite.

DP: Was macht ihr dann?

Liebig: Man könnte es sich einfach machen, holt das Personalvertretungsgesetz raus, schlägt die richtige Seite auf und sagt: Du hast die und die Verpflichtung. Schließlich

reden wir von einem Gesetz. Das ist schon etwas höher gehängt. Noch eines: In M-V haben wir einen Kollegen aus dem höheren Dienst im HPR, der trotz seiner Führungsfunktion das Standing bei den Kolleginnen und Kollegen hat, dass er mit einem guten Ergebnis gewählt wurde. Zunächst waren wir skeptisch, aber es läuft.

Rauskolb-Kunz: Wenn er den nicht ganz einfachen Rollenwechsel zwischen Vorgesetzeneigenschaft und Personalratstätigkeit schafft und jeweils die geforderte Sichtweise an den Tag legt, warum dann nicht?

DP: Wenn Ihr könntet, was würdet Ihr sofort ändern?

Liebig: Ich würde die Föderalismusreform mit all ihren negativen Wirkungen auf die Polizei zurückdrehen.

Rauskolb-Kunz: Ich würde dem Arbeitsschutz ein noch stärkeres Gewicht verleihen. Ich finde, dieses Thema wird noch zu oft stiefmütterlich behandelt. Berufsbedingt sind wir Polizisten so vielen und unvorhersehbaren Gefahren ausgesetzt. Da sollten zusätzliche Gefahren am Arbeitsplatz, die vorhersehbar und abstellbar sind, unbedingt ausgeschlossen werden. Das Wichtigste, was wir haben, ist doch unsere Gesundheit, und die gilt es nach besten Kräften und mit ganzem Einsatz zu schützen.

DP: Wie sieht es speziell mit der psychologischen Betreuung aus?

Rauskolb-Kunz: Bei uns in Bayern gibt es viele Beratungsangebote, die den Kolleginnen und Kollegen mittlerweile auch proak-



Foto: privat

DP-Gesprächspartner
Jörn Liebig

tiv zugänglich gemacht werden. Das ist eine erfreuliche Tendenz. Auch die Einsatznachbetreuung wird ganz solide, fürsorglich und oft sehr gewissenhaft durchgeführt. Man erkennt das Interesse der Führungskräfte, den eingesetzten Beamtinnen und Beamten eine seelische Entlastung durch geschultes und professionelles Personal bieten zu wollen. Früher hat man das eher in die Hände der Dienstgruppe, der Organisationseinheit oder des Kommissariats gegeben.

Liebig: Bei uns läuft das auch ganz gut, jedoch noch mit Luft nach oben. Es gibt viele Angebote, doch auch von den Betroffenen kann und sollte noch mehr kommen. Damit es funktioniert, braucht es beide Seiten.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

ANZEIGE

NESCURE
Privatklinik am See

Eine Fachklinik der Oberberg Gruppe

Bei jameda
auf
PLATZ 1
unter 460
Suchtkliniken
in Deutschland

Der sanfte Weg zurück ins Leben.

Innovativ, effizient, sicher und erprobt - die NESCURE®-Therapie

- Fachklinik für Alkoholabhängigkeit und Alkoholentzug in Kombination mit Erschöpfungskrisen und Burnout
- In nur 23 Tagen zum qualifizierten Entzug für PrivatpatientInnen oder Selbstzahlende
- Anonymität und Diskretion gewährleistet
- Einzigartig in Deutschland: gemeinsamer Starttermin des Therapieblocks
- Sanft, schnell und nachhaltig dank Neuro-Elektrischer Stimulation

NESCURE® Privatklinik am See
Am Kurpark 5
D-82435 Bad Bayersoien
Telefon: 0800 700 9909
E-Mail: info@nescure.de
Web: www.nescure.de



GdP VERABSCHIEDET SICH VON IHREM EHEMALIGEN BUNDESKASSIERER

Gedenken an Manfred Stock



Foto: Barrenberg

Mit großer Bestürzung reagierte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf den Tod ihres ehemaligen Bundeskassiers Manfred Stock. Der gebürtige Niedersachse verstarb im Alter von 83 Jahren am 25. Juli 2022 in seiner ostwestfälischen Heimat. Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow sprach den Angehörigen im Namen der Organisation seine tief empfundene Anteilnahme aus. In den schweren Stunden des Abschiednehmens von einem geliebten Menschen wünschte er der Familie des Verstorbenen viel Kraft.

Es sei ihm bewusst, dass Worte nur wenig Trost spenden könnten, jedoch sei man in stiller Trauer verbunden. Die GdP werde das Andenken des Kollegen Stock stets in Ehren halten, sagte Malchow.

Michael Zielasko

Manfred Stock begann seine polizeiliche Laufbahn 1957, trat wenig später in die Gewerkschaft der Polizei ein. Seine gewerkschaftliche Aktivität begann der Schutzpolizist 1969 als Beisitzer des Kreisgruppenvorstandes Mönchengladbach. Neben verschiedenen Personalratsfunktionen amtierte er seit Anfang der 1970-Jahre als Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes der GdP Nordrhein-Westfalen, seit 1982 als Landeskassierer.

Auf dem 17. Ordentlichen GdP-Delegiertenkongress Anfang Oktober des gleichen Jahres in Nürnberg wählten die Delegierten Kollegen Stock zum stellvertretenden Bundeskassierer. Zuvor schon hatte er bereits „Bundesluft“ schnuppern können, da er nach dem GdP-Kongress 1979 in Hannover Teil der über vierzig Personen starken Beisitzerriege des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes wurde.

Nach dem Tod des damals amtierenden Bundeskassiers, Josef Schafeld, übernahm Stock nach einer einstimmigen Wahl im Bundesausschuss und Bundesvorstand am 23. Juni 1992 das Amt des Bundeskassiers. Er selbst hatte sich laut einer Protokollnotiz bei der Abstimmung enthalten. Dieses Amt führte

er bis zum 21. Ordentlichen Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei Mitte September 1998 in Bremen fort. Stock galt als Mann der leisen Töne, dessen Fachverstand im Bereich der Kassen- und Finanzangelegenheiten ihm sowohl landes- wie bundesweit einen ausgezeichneten Ruf verschafft hatte.

In Stocks Amtszeit als Bundeskassierer fällt unter anderem die Unterstützung der Kollegenschaft in Ostdeutschland beim Aufbau demokratischer und gewerkschaftlicher Strukturen. Auch die Angleichung der Gehälter im Osten ist für die GdP ein zentrales Thema. Um der Forderung das nötige Gewicht zu verleihen, ruft die GdP 1992 zum zweiten Mal in ihrer Geschichte zum Streik auf. Im selben Jahr macht sich die GdP für die Umsetzung der sogenannten zweigeteilten Laufbahn stark. Der 1995 geplanten Dienstrechtsreform zeigt die GdP mit bundesweiten Aktionen symbolisch die „Gelbe Karte“. Nachdem bereits 1972 mit der Studie „Gebremste Polizei“ erste Forderungen nach einer Hochschulbildung für Polizeibeamtinnen und -beamte erhoben wurden, legt die GdP 1996 mit ihrem Papier „Forderungen der GdP zur Zukunft des höheren Polizeidienstes“ nach. Darin spricht sie sich für eine Weiterent-

wicklung der in Münster ansässigen Polizeiführungsakademie zu einer internen Hochschule der Polizei aus. Mit einem neuen Grundsatzprogramm (1990) und dem seit 1992 bestehenden Gewerkschaftsbeirat als höchstem Gremium zwischen den Delegiertenkongressen modernisiert die GdP ihre Strukturen. Auch der 1990 auf den Weg gebrachte Frauenförderplan bereitet die gleichstellungspolitische Zukunft vor.

Lieber Kollege Stock, lieber Manfred,

sehr gerne hätte Deine GdP-Familie Dich beim 27. Ordentlichen GdP-Bundeskongress Mitte September in Berlin begrüßt. Wir hätten mit Dir vergangene Zeiten Revue passieren lassen, auf alte Erfolge angestoßen, Anekdoten ausgetauscht und den jungen Kolleginnen und Kollegen dabei zugeschaut, wie sie unseren alten Dampfer GdP durch die nächsten Jahre steuern will. Vor vier Jahren konnten wir das an gleichem Ort noch gemeinsam genießen. Nun hinterlässt Du eine Lücke. Wir haben einen überzeugten Gewerkschafter und guten Freund verloren. Wir werden Dich vermissen. ■

Innenleben



Foto: Storch

Der designierte GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke (5.v.r.) besuchte die Berliner Sitzung des GdP-Schupo-Expertenteams.

BUNDESFACHAUSSCHUSS SCHUTZPOLIZEI

GdP-Positionspapier Funkstreifenwagen im Blick

Der Bundesfachausschuss (BFA) Schutzpolizei will das GdP-Positionspapier „Arbeitsplatz Funkstreifenwagen“ fortschreiben und dabei aktuelle Erfahrungen aus der Praxis einarbeiten.

Björn Neureuter

In seiner Sitzung Ende Juli in der Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin wurden nach Diskussion mit einem Fachreferenten des Polizeitechnischen Instituts der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol), wesentliche Eckpunkte für die Fortschreibung des

GdP-Papiers zum „Arbeitsplatz Funkstreifenwagen“ entwickelt. Außerdem auf dem Programm: die Vorstellung des Kandidaten des Bundesvorstandes für den GdP-Bundesvorsitz. In einem intensiven Austausch mit dem designierten GdP-Chef thematisierten die Teilnehmenden das mediale Auftreten

der GdP auf Bundesebene, die Überwindung hemmender föderaler Strukturen und den geforderten Schulterschluss mit den Fachausschüssen zur besseren Einbindung der Expertengremien. Beraten wurde zudem das Ansinnen, mit den Schwestergewerkschaften in den Dialog darüber zu treten, welche weiteren Berufsfelder mit Vollzugsaufgaben perspektivisch durch die GdP vertreten werden sollen.

Die Diskussion über den „Arbeitsplatz Funkstreifenwagen“ rückte jedoch auch angesichts eines Fachvortrages von Maik Pohl, Referent am Polizeitechnischen Institut (PTI) der DHPol in den Mittelpunkt der Sitzung. Da die nunmehr in die Jahre gekommene „technische Richtlinie Fustw“ bis Ende des Jahres fortgeschrieben werden soll, ist jetzt der richtige Zeitpunkt, wesentliche gewerkschaftliche Forderungen an den Funkstreifenwagen der Zukunft zu artikulieren. Die Auswirkungen von Fahrerassistenzsystemen, Datenschutzfragen ebenso wie taktische Anforderungen an die Elektromobilität gestalten die Frage komplex. Die Dringlichkeit ergibt sich jedoch auch aus dem politisch beschlossenen Auslaufen der Zulassung von Pkw mit Verbrennungsmotoren für Neufahrzeuge ab 2035.

Abschließend erörtert wurden zudem die BFA-S-Anträge an den Bundeskongress sowie die Vorstellung des neuen Positionspapieres „Gute flexible Arbeit bei der Polizei“, zu deren Entstehen Mitglieder des BFA S – gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern vieler weiterer GdP-Gremien – aktiv beitragen konnten. ■

ANZEIGE

3 % auf Fahrräder und 5 % auf E-Bikes
auf nicht reduzierte Räder im Shop

MYBIKES-SHOP.DE

Bei Kauf eines Fahrrades oder E-Bikes (auch reduziert)
im Shop [MyBikes-Shop.de](https://mybikes-shop.de) gibt es ein **Faltschloss gratis**.

Deine GDP-Plus-Rabattcodes:

Fahrrad-Code (3 %): GDP1 / E-Bike-Code (5 %): GDP2



MYBIKES-
SHOP.DE



GdP-Plus
Partner

Alles für Dich drin!



Das GdP-Plus Partner-Programm

Unser exklusives Vorteilsprogramm für Dich als GdP-Mitglied und Deine Familie. Wir bieten Dir gemeinsam mit unseren starken GdP-Plus Partnern große Vorteile in Form besonders attraktiver Angebote. Euer Vertragspartner ist das jeweilige Unternehmen.

Jetzt einloggen und Vorteile checken! www.gdp.de/GdP-Plus



Hast Du Fragen oder Anregungen?
Dann schreib uns eine E-Mail oder ruf an.
Wir helfen Dir gerne weiter.
E-Mail gdp-plus@gdp.de
Telefon 0211 7104-0



GdP-Plus
Partner

Kommentiert



Foto: Betsmal

DP-Autor und Geldwäscheexperte Frank Buckenhofer ist stellvertretender Bezirksvorsitzender der GdP Bundespolizei | Zoll.

Die Idee einer Finanzpolizei ist nicht neu

Den Herbst nutzen

Im Sommer 1998 formulierten GdP-Mitglieder aus dem Zoll erstmals die Notwendigkeit einer Finanzpolizei. Als Vorbild hatten sie ihre dabei schon erfolgreichen Kolleginnen und Kollegen aus Italien im Visier. Warum? Mit größter Professionalität, sehr guter Ausrüstung, ausreichendem Personal und einer klaren strategischen Ausrichtung machten diese sich auf die Jagd nach Schmugglern, Geldwäschern oder Steuerhinterziehern. Ein sich als wirksam im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität (OK), darunter die sogenannte Mafia entpuppendes Instrument.

Frank Buckenhofer

Das Durchwurschteln bildete dagegen hierzulande den konzeptionellen Ansatz. Dem bereits bei der Festnahme des berühmten Al Capone sich als erfolgreich erweisende Prinzip des „Follow the money“ wurde kaum Beachtung geschenkt in Behörden, der Justiz und der Politik. In gefühlt zigtausend Gesprächen wurde den Gewerkschaftern zwar versichert, man wolle auf jeden Fall den großen Kriminellen an den Kragen, ihnen das Geld und damit auch den Nährboden ihres Gangsterdaseins entziehen – dann kam der

nächste Sonntag und mit ihm eine solche Rede. Passiert ist nichts.

Immerhin hatte der damalige Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière (CDU) versucht, über die „Werthebachkommission“ im Jahr 2010 eine Finanzpolizei zu schaffen. Damit scheiterte er jedoch an seinem Parteifreund und Kabinettskollegen im Finanzressort, Dr. Wolfgang Schäuble, der alles beim Alten ließ. Trotz des Umstandes, dass sich nahezu alle Parteien grundsätzlich einig waren, blieb Deutschland stets ein Geldwäsche-paradies.

Nun, angesichts des von Wladimir Putin brutal vom Zaun gebrochenen Krieges, finden augenscheinlich auch Oligarchen in Deutschland paradiesische Zustände vor. Warum? Weil die Regierungen der letzten Jahrzehnte es versäumt haben, Aufgaben, Befugnisse und taugliche Behördenstrukturen zu schaffen, die es ermöglichen, Sanktionen wirksam durchzusetzen.

Stattdessen der neidische Schulterblick gen Italien: Deren Guardia di Finanza legt als Finanzpolizei den Freunden und Förderern Putins ihre millionenschweren Spielzeuge und luxuriösen Immobilien an die Kette. Deutsche Behörden verheddern sich derweil im Durcheinander der Zuständigkeiten und suchen den Durchblick. Das Problem ist greifbar, doch die Akteure nicht zu greifen. Sanktionierte Personen fliegen mit ihren Flugzeugen davon, die Eigentumsverhältnisse luxuriöser Yachten werden eher zufällig durch Auswertungen von Beweismitteln aus anderen Verfahren ermittelt.

Und Deutschland? Mit dem sogenannten Sanktionsdurchsetzungsgesetz I erschuf das Parlament eine in etwa vorläufige Rechtslage, die eine Art Notplan darstellen sollte, um überhaupt handlungsfähig zu sein. Allein, es fehlt ein schlüssiges Konzept.

Vor fast einem Vierteljahrhundert schon wollten die Schöpfer der Idee einer deutschen Finanzpolizei neben der Jagd auf Schmuggler auch verdächtiges Vermögen ins Visier nehmen. Geldverdienen und es zu behalten ist unwidersprochen die Triebfeder der OK, auch der Oligarchen. Hätte man die Idee damals ernsthaft verfolgt, stünden wir heute nicht mit leeren Taschen da. Die Bundesregierung muss den Herbst nutzen, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, um der OK und den Claqueuren Putins ihre Vermögen wegzunehmen. Dazu bedarf es präventiver Finanzermittlungen nach verdächtigen Vermögen, auskunftsfähiger Register und einer Finanzpolizei, die an der Schnittstelle Polizei und Finanzverwaltungen in der Lage ist, Einkommensverhältnisse und Vermögensverhältnisse auf deren legalen Ursprung zu überprüfen.

Der Rechtsstaat darf es nicht dulden, dass sich die reichen Schurken in ihm vor ihm verstecken können. Wir wollen sicher keinen Schnüffelstaat, aber eine Herberge für Kriminelle und deren Reichtum dürfen wir auch nicht länger bleiben. ■



Autobahnpolizist Yannick Porepp in seinem Revier.

GdP-KOLLEGE AN SICHERHEITSAKTION FÜR RETTUNGSKRÄFTE BETEILIGT

Dann habe ich den Minister einfach eingeladen

Yannick Porepp ist Autobahnpolizist aus Schleswig-Holstein. Seine Dienststelle ist das Polizei-Autobahnrevier Neumünster, sein Thema die Sicherheit der Einsatzkräfte. Dass es an den Autobahnen sehr gefährlich sein kann, hat der 31-jährige Polizeioberkommissar am eigenen Leib erlebt. Nun ist er Teil einer vom Bundesverkehrsministerium und dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) gestarteten bundesweiten Sicherheitskampagne. Wie es dazu kam, erzählt er in DP.

Yannick Porepp

Nur noch 15 Minuten, bis die Sendung startet. Der ZDF-Redakteur, der mir bereits aus persönlichen Vorgesprächen bekannt ist, gibt mir und anderen Teilnehmenden einige letzte Hinweise zum Ablauf der gleich folgenden 90-minütigen Wahlkampfsendung. Ich sitze auf meinem Platz und folge dem Sekundenzeiger der Studiouhr. Meine Anspannung steigt. Ob das bei Armin Laschet auch so ist? Ich checke noch einmal meine Frage an den Kanzlerkandidaten der Union, es geht los:

„Es ist Donnerstagabend, 20:15 Uhr, live im ZDF. Wir melden uns aus dem alten Telegraphenamnt aus der Mitte Berlins. 17 Tage bis zur Bundestagswahl – hier wird heute Abend Klartext gesprochen. Mit rund 70 Bürgerinnen und Bürgern, hier bei uns im Studio. Herzlich willkommen!“ Das Moderatorenteam Bettina Schausten und Peter Frey eröffnen.

Für mich ein sehr aufregender Moment, einer, bei dem ich gemerkt habe, dass es jetzt auf mich ankommt. Und zwar richtig. Was jedoch hat das mit der Verkehrssicherheitskampagne „Runter vom Gas“ und der GdP zu tun? Die Frage ist berechtigt. Um das



Hier geht es zur Kampagne
„Runter vom Gas!“

zu erklären, muss ich jedoch ein wenig aus-
holen.

Erst, als ich Egon traf ...

Meinen Namen kennt Ihr ja schon, wie alt ich bin, wisst Ihr auch. Seit 2008 bin ich Polizeibeamter in Schleswig-Holstein. Nach meiner Ausbildung im mittleren Dienst kam ich zuerst für ein halbes Jahr zum Verkehrsüberwachungsdienst nach Neumünster, dann ging es zum Autobahnrevier nach Elms-
horn. Was man da macht? Zum Beispiel Gegenstände von der Fahrbahn räumen, nach betrunkenen Fahrzeugführern fahnden und Verkehrsunfälle aufnehmen. Daran musste ich mich erst gewöhnen. Ich bin ehrlich, so hatte ich mir das bei der Polizei nicht unbedingt vorgestellt. Aber ich habe mich damit arrangiert, sogar Spaß daran gefunden. Das hatte vor allem damit zu tun, dass ich mit vielen großartigen Kolleginnen und Kollegen zusammengearbeitet habe. 2016 begann ich mit dem bei uns im Land anderthalb Jahre dauernden Aufstiegsstudium zum gehobenen Dienst. Heute arbeite ich als stellvertretender Dienstgruppenleiter beim Autobahnrevier Neumünster und bilde zudem seit Längerem mit einem „Teamkollegen“ Beamtinnen und Beamte sogenannter Anrainerdienststellen, jedoch auch Feuerwehren und Rettungsdienste im Rahmen eines Lehrgangs zum Thema verkehrspolizeiliche Maßnahmen auf Bundesautobahnen aus. So tragen wir unseren Teil zu höheren gemeinsamen Standards und möglichst sicherem Arbeiten auf der Autobahn bei.

Mit der GdP hatte ich bis dato nur wenige Berührungspunkte. Das änderte sich, als ich auf unseren Regionalgruppen-Vorsitzenden und Personalrat Ulrich, Spitzname „Egon“, Bahr getroffen bin.

Da müssen wir was machen

Es drehte sich gleich um die Gefahren des Arbeitsplatzes Autobahn. Zu diesem Zeitpunkt wurde die in unserem Dienstbereich liegende A7 Stück für Stück auf drei Streifen freigegeben, die Folge: für uns gefährliche Situationen häuften sich. „Da müssen wir was machen,“ höre ich Egon noch sagen. Darauf folgte ein gewerkschaftlicher Antrag der Regionalgruppe Mitte. Die GdP

möge sich dafür einsetzen, dass bis zur Einrichtung einer sogenannten Verkehrsbeeinflussungsanlage auf der A7 im dreistreifigen Bereich, ein Tempolimit von 120 Kilometer pro Stunde angeordnet wird.

Das Thema hielt Einzug in eine politische Podiumsdiskussion. In die Debatte habe ich mich offenbar nachdrücklich einbringen können. Nach einem weiteren kleinen Anstupser Egons bedeutete dies den Startschuss für meine gewerkschaftliche Arbeit.

Ins Rollen gekommen

Die nahm am 19. August 2020 ordentlich Fahrt auf. Meine Kollegin hatte sich bei einer Unfallaufnahme auf der Autobahn nur mit einem beherzten Sprung vor einem heranschleudernden Kleintransporter retten können. In dem Moment habe sie bereits mit dem Leben abgeschlossen, erzählte sie später. Es kam dadurch einiges ins Rollen. So fuhr ich mit unserer Innenministerin, Frau Dr. Sütterlin-Waack, im Streifenwagen durch unseren Dienstbereich und habe ihr unsere Arbeit nähergebracht. Hier und da haben wir den Wagen verlassen – der Verkehr zum Greifen nah. Ein nachhaltiger Eindruck offenbar: „Eines weiß ich jetzt ganz sicher. Ich möchte nicht als Polizistin auf

der Autobahn arbeiten!“ fiel ihre ernüchternde Bilanz aus. Auch das Verkehrsministerium wurde hellhörig und lud Egon und mich zu einem Gespräch. Am Ende nichts Konkretes, jedoch wurde uns eine Prüfung zugesichert, immerhin. Derweil stieg die SPD-Opposition im Landtag auf unsere Forderung nahezu eins zu eins ein. Die Ampelkoalition reagierte mit einem Alternativantrag, der zumindest vorsah, Unfallschwerpunkte zu analysieren. Man wolle prüfen, ob technische Maßnahmen zu einer Verbesserung der Verkehrssicherheit, auch für Rettungskräfte, beitragen könnten. Leider konnten keine Unfallschwerpunkte auf der Strecke ausgemacht werden, die Gefahr blieb trotzdem.

Das Thema bekam dann auch unsere Landespresse spitz. Die „Kieler Nachrichten“ titelten: „Polizeigewerkschaft warnt: Auf der A7 ist es zu gefährlich“. Darin wurde ich mit dem Satz „Muss erst jemand ums Leben kommen, bis die Politik tätig wird?“ zitiert. Unser Landesvorsitzender Torsten Jäger hat dann den Kontakt zur GdP-Bundesgeschäftsstelle hergestellt, eine im Nachhinein sehr gute Idee. In einem DP-Interview der Januarausgabe 2021 konnte ich mein Thema unter dem Titel: „Risikoeinsatz Autobahn – Nur mit einem Sprung im letzten Moment gerettet“ platzieren.



Kampagnenfoto: Unfall – Runter vom Gas



„Kommen Sie doch einmal bei uns vorbei, Herr Minister“. Bundesverkehrsminister Volker Wissing mit Kampagnenpolizist Yannick Porepp.

Den habe ich mir größer vorgestellt

Wenige Monate danach kommt eine überraschende Mail von der GdP: Das ZDF fragt infolge des Interviews an, ob ich Lust hätte, bei der Wahlkampfsendung „Klartext, Herr Laschet“ im September 2021 mit dabei zu sein. Es gehe von Klima über Corona bis hin zum Tempolimit. Eine super Chance, denke ich. Unsere Thematik würde eine breite Öffentlichkeit erreichen. Beim Kontakt mit dem „Zweiten“ wird jedoch schnell klar, die suchen einen Tempolimit-Befürworter. Ich halte das offen. Am Ende und nach Beratung stimme ich zu und fahre nach Berlin. Mein Verbindungsmann ist GdP-Gewerkschaftssekretär Jeldrik Grups, in der Bundesgeschäftsstelle auch zuständig für verkehrspolitische Fragen.

Eine halbe Stunde vor der Sendung treffe ich unter den Wartenden auf Andreas Broska, wie sich herausstellt ein Kollege der GdP Bundespolizei. Aha, eine zweite Polizeistimme, seine soll die Gewalt gegen unsere Kolleginnen und Kollegen in eine Frage kleiden. Armin Laschet kommt ins Studio. Den hatte ich mir auf jeden Fall etwas größer vorgestellt – und die Sendung nimmt ihren Lauf. Später spricht Bettina Schauten Andreas direkt an und bittet ihn um seine Frage. Er

macht das ausgezeichnet und gibt ein gutes Bild ab. Der Kanzlerkandidat antwortet in seiner bekannt verständnisvollen, aber dennoch ausweichenden Weise. Nur, die Wahrscheinlichkeit, dass ich jetzt noch drankomme, tendiert gegen Null. Meine Frage bleibt schließlich bei mir. Wie würde es mit meinem Thema weitergehen, frage ich mich.

Illusionen mache ich mir jedenfalls nicht. Dranbleiben, mindestens.

Zwei Minuten Starre

Wieder ist es die GdP-Bundesgeschäftsstelle, die mir Hoffnung macht. Dieses Mal gehe es um eine Kampagne, sagt mir Jeldrik. Die heiße „Runter vom Gas“ und würde vom Bundesverkehrsministerium und dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) unterstützt. Darunter auch der Aspekt „Einsatzkräfte schützen“. Es solle ein Video mit einem Polizeibeamten gedreht, Fotoaufnahmen gefertigt und das Ganze dann abschließend bei einer großen Pressekonferenz in Berlin vorgestellt werden. Ich muss nicht lange überlegen.

Vorgespräche, Drehgenehmigungen der Polizei, dann der Drehtermin vor Ort auf meiner Dienststelle.

Wir filmen unsere Streifenfahrt bei teils sehr regnerischem Wetter. So ist das im Norden. Für eine Zeitrafferaufnahme darf ich mich zwei Minuten lang nicht bewegen. Für einen Beamten kein Problem, denke ich – ein wirklich alter Witz. Dann noch die Fotos. Ich bin sehr gespannt.

Zur Pressekonferenz Anfang Juli haben sich Bundesverkehrsminister Volker Wissing und Prof. Dr. Walter Eichendorf, Präsi-



Letzter Videodreh vor der Auftakt-Pressekonferenz der Kampagne „Runter vom Gas“.

POLIZEILICHE FÜHRUNGSLEHRE

Gestaltung einer zeitgemäßen Führung

Von **Gerd Thielmann**, **Jürgen Weibler** und **Thomas Model**.

2. Auflage 2020

Umfang: 248 Seiten

Format: 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 29,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0877-9

Polizeiarbeit ist Teamarbeit. Führung ist dabei der Schlüssel zum Erfolg. Aber wie sieht eine zeitgemäße Führung überhaupt aus – wirksam und akzeptiert? Auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und kombiniert mit den Erfahrungswerten der polizeilichen Praxis entwerfen die drei Autoren in diesem Buch ein übergreifendes Führungsverständnis. Im Kern steht ein aktuelles Polizeiliches Führungsmodell, das in seiner Umsetzung dem eigenen Führungshandeln Sicherheit und klare Orientierung gibt.

Zunächst leitet ein Praxisfall thematisch ein, dann wird die besondere Bedeutung dieses Führungsaspektes aufgezeigt, danach der wissenschaftliche Stand erläutert und abschließend die Integration in die polizeiliche Führungspraxis anschaulich vollzogen.

Mit diesem Buch wird die Polizeiliche Führungslehre konzeptionell weiterentwickelt und strukturiert. Die Polizeipraktikerin und der Polizeipraktiker profitieren hier von entscheidend, seien sie Führungskräfte oder noch auf dem Weg dorthin: Sie wissen, was in der Führung wichtig ist und wie eine gelingende Führungsbeziehung mit unterstützendem Umfeld aussehen könnte. Dies können sie mit ihrer eigenen Erfahrung abgleichen und verantwortungsvoll den Führungsalltag gestalten – und das auf allen Hierarchieebenen!



DIE AUTOREN

Gerd Thielmann war bis 2015 Vizepräsident der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster/ Westfalen und berät heute als Experte namhafte europäische Organisationen in Polizeiprojekten.

Univ.-Prof. Dr. Jürgen Weibler lehrt an der FernUniversität in Hagen und hat dort den Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre inne.

Thomas Model, Leitender Polizeidirektor, ist Leiter der Akademie der Polizei Hamburg.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de



Videodreh auf der Autobahn.

dent des Deutschen Verkehrssicherheitsrats, angekündigt. Neben den beiden Prominenten sollen auch André K., ein Straßenwärter der Autobahnmeisterei Schüttorf, und ich der Presse Rede und Antwort stehen. André, der ebenso für Film- und Fotoaufnahmen vom Team draußen bei der Arbeit begleitet wurde, treffe ich das erste Mal. Wir unterhalten uns, finden uns sympathisch. Was da auf uns zukommen wird, wissen wir beide noch nicht so recht. Ich bin jedenfalls froh, ein bekanntes Gesicht unter den Anwesenden zu sehen. Michael Zielasko, GdP-Pressereferent, und ich hatten uns – zumindest kurz – schon nach dem Laschet-Auftritt in der GdP-Geschäftsstelle in Berlin kennengelernt.

Ein Moment der Stille

Bevor es ernst wird, werden von uns noch kurze Videoaufnahmen für Social-Media-Postings gefertigt. Uns wird gezeigt, wo wir gleich stehen werden. Drei großdimensionierte Plakate sind vor den fünf Stehtischen aufgebaut worden. Eigentlich hätten wir sechs gebraucht, der in der Kampagne zu erlebende Notarzt ist jedoch nicht abkömmlich. Die Moderatorin möchte mich kennen-

lernen und geht gleich noch zwei, drei Fragen mit mir durch. Wenn es nach mir ginge, könnten wir starten.

Der Minister trifft mit ein paar Minuten Verspätung ein, ein kurzes, allgemeines Begrüßen, los geht es. Herr Wissing und der DVR-Präsident sprechen einleitende Worte, dann werden die drei Kampagnenvideos gezeigt.

Ein wenig nervös bin ich schon, jedoch nichts im Vergleich zur ZDF-Wahlsendung. Die Moderatorin fragt mich, wie ich meinen eigenen Unfall verkraftet und welche psychischen Folgen ich davongetragen habe. Herr Wissing, Herr Eichendorf und Andre K. wenden sich zu mir und gucken mich an. Es ist einen Moment still. Bewusst habe ich mir keine Antwortsätze bereitgelegt. Ich spreche von dem großen Glück, nicht schwer verletzt worden zu sein. Ich spreche davon, dass ich nur wenige Tage nach dem Unfall, bei dem ein Fahrzeug mit unserem Streifenwagen kollidiert war, wieder zur Arbeit gegangen war. Und ich warne vor der Routine, die einen in heikle Lagen bringen kann. Es fällt mir leicht, über meine eigenen Erfahrungen und über die generellen Gefahren für Einsatzkräfte zu sprechen. Die Moderatorin hakt ein, ich solle doch einen

Appell an die Verkehrsteilnehmenden richten. Gut: „Was verliert man, wenn man kurze Zeit vom Gas geht, um vorsichtig an der Einsatzstelle vorbeizufahren? Runter vom Gas!“ Das sitzt. Die Pressekonferenz ist zu Ende. Geschafft.

Es folgen gemeinsame Fotos vor den demnächst an den Autobahnen hängenden Plakaten, dann noch vor dem neuen Absicherungsanhänger, der zentral auf dem Hof der Autobahnmeisterei platziert ist. Darin verbaut ist eine auf W-Lan basierte Technik, die Zusammenstöße mit dem Anhänger durch rechtzeitige Ankündigung verhindern soll. Ich stehe neben dem Minister, wir kommen ins Gespräch. Viel Zeit wird er nicht mehr haben, das kenne ich bereits, also: Ich rede nicht lange drumherum und lade ihn zu uns auf die Dienststelle ein. Dort könne er sich ein Bild von der Autobahnpolizei machen, sage ich ihm. Diese habe er tatsächlich noch nicht besucht, antwortet er, und sagt zu, gerne werde er kommen.

Die Stimmen vereinen

Das war bis jetzt eine lange Geschichte. Und denen, die durchgehalten haben, sage ich, dass mir durch den Auftritt bei der ZDF-Wahlsendung und die Teilnahme an der Aktion „Runter vom Gas“ bewusst wurde, wie wichtig gewerkschaftliche Arbeit ist. Ohne die GdP und die vielen großartigen und engagierten Menschen an meiner Seite würde ich wahrscheinlich noch heute mit Kolleginnen und Kollegen über den Sinn und Unsinn verschiedener Verkehrsmaßnahmen diskutieren. Draußen hätte davon kaum einer etwas mitbekommen. Eine Stimme allein trägt eben wenig und findet selten Gehör. Erst ein Chor wird zu einer vernehmbaren Stimme, die etwas bewirken kann. Und man darf die Geduld nicht verlieren.

Auf unserer A7 ist in Sachen Sicherheit für uns noch nichts geschehen. Keine Spur einer Verkehrsbeeinflussungsanlage. Dennoch konnten wir die verbesserungsfähige Sicherheit von Einsatzkräften mittlerweile der breiten Öffentlichkeit, darunter aber auch vielen Politikern präsentieren.

Die „Vision Zero“ muss auch für Einsatzkräfte gelten. Das möchte ich dem Minister während seines Besuches bei uns an der A7 verdeutlichen – mit der GdP an meiner Seite. ■

Das Mehr-wert-Girokonto¹ der BBBank.

Mehr Vorteile. Mehr Beratung. Mehr Erfahrung.

50,^{Euro}-
Startguthaben



Jetzt informieren

in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon 0721 141-0,
E-Mail info@bbbank.de
und auf www.bbbank.de/gdp



BB  **Bank**
Better Banking

¹ Monatliches Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Voraussetzungen: Gehalts-/Bezügeingang, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

Im Gespräch

DAS BKA UND DER WERT DER WERTE

In diesem Beruf verfassungsfeindlich sein? Geht nicht!

Thomas Helf ist Wertebeauftragter des Bundeskriminalamtes (BKA). DP trifft ihn im neuen Berliner BKA-Bürokomplex im östlichen Teil der Bundeshauptstadt. Ein Gespräch über Kulturwandel, Generationenkonflikte, ausweglose Unterhaltungen und kleine Notlügen.

Michael Zielasko

DP: Lieber Kollege Helf, das Schaffen eines Wertebeauftragten für das BKA sagt im Umkehrschluss, dass da was mit den Werten im Argen liegt in der Behörde, oder?

Thomas Helf: Das könnte es sagen, so ist es jedoch nicht. Wir alle wissen, dass es Schlagzeilen über rechtsextremistische Vorkommnisse in deutschen Polizeibehörden gab und gibt, zum Beispiel über einen entsprechenden Austausch in Chatgruppen. Die Idee eines BKA-Wertebeauftragten rührt jedoch aus dem Bewusstsein, dass die Behörde einem massiven Personalwandel entgegensieht. Wir müssen davon ausgehen, dass wir zum Ende des Jahrzehnts etwa 70 Prozent neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben.

DP: Du sprichst die auch von der GdP schon häufig thematisierte Pensionierungswelle an.

Helf: Genau, und die ist tatsächlich gewaltig. Aber das hängt auch mit vielen neuen Stellen zusammen, die das BKA bekommen hat. Im Jahr 2019 jedenfalls hat die Behördenleitung schon nach vorne gedacht und der Vermutung, dass der Wandel auch zu Wertekonflikten führen kann, präventiv Rechnung getragen.

DP: Was genau ist damit gemeint?

Helf: Die Jüngeren vertreten Werte, die mit denen der älteren Kolleginnen und Kollegen



DP-Gesprächspartner Thomas Helf.

möglicherweise nicht gänzlich übereinstimmen. Das war ein wichtiger Aspekt.

DP: Welche problematischen Haltungen der Jüngeren können das sein, um die sich ein Wertebeauftragter kümmern soll?

Helf: Ich denke nicht, dass problematisch die richtige Bezeichnung ist. Sie sind anders, und es wäre auch zu pauschal zu behaupten, dass diese Beschreibung auf alle neuen Mitarbeitenden zuträfe. Mein persönlicher Eindruck ist jedoch, und ich glaube dies teilt auch die Behörde, dass Aspekte wie mobiles Arbeiten oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der heutigen Generation eine ganz andere, viel größere Rolle spielen.

DP: Und das Miteinander im Umgang?

Helf: Das spielt mit: Das Gendern, eine diskriminierungsfreie Sprache, seine Haltung gezielt verbal ausdrücken zu wollen, ist heute sicherlich stärker ausgeprägt als in meiner Generation.

DP: Wie charakterisiert Du diese?

Helf: Leistungsbereitschaft stand vor allem, auch vor der Familie. Wir erkennen im heutigen Zusammenarbeiten der Generationen, dass bei solchen Themen durchaus unterschiedliche Auffassungen unter einen Hut gebracht werden müssen. Damit das nicht zu Konflikten führt, ist ein gewisses Maß an Sensibilität und Begleitung notwendig.

DP: Mit deiner Position reagiert das BKA also in erster Linie auf den beschriebenen Kulturwandel und ist nicht ausschließlich eine Reaktion auf eventuelle verfassungsfeindliche Tendenzen einiger weniger Mitarbeitenden.

Helf: Ja, prinzipiell ist das so richtig. Doch auch den zweiten Aspekt haben wir im Blick. Erkennbar ist eine zunehmende Polarisierung in der Gesellschaft. Warum sollte diese an den Türen des BKA haltmachen? Wir können nicht komplett ausschließen, dass wir auch Mitarbeitende in unseren Reihen haben, die extremistische Einstellungen vertreten – was wir jedoch keinesfalls tolerieren. Auch deshalb haben wir mit dem Wertebeauftragten eine Anlaufstelle geschaffen, die unter anderem die Widerstandsfähigkeit der Mitarbeitenden gegenüber demokratiefeindlichen Tendenzen stärken soll.

DP: Der Wertekanon für Beschäftigte in der Polizei steht prinzipiell mit dem Eid auf das Grundgesetz fest, ist quasi in Stein gemeißelt. Ist deren Wertegerüst trotzdem fragiler als das anderer Berufsgruppen?

Helf: Das glaube ich nicht. Ich glaube auch

Thomas Helf

ist 53 Jahre alt und lebt in Erkner bei Berlin. Der verheiratete Familienvater stammt aus Rheinland-Pfalz und leistet seit 1997 seinen Dienst im Bundeskriminalamt (BKA). Nach acht Jahren in Wiesbaden wechselte er 2005 in die Hauptstadt in die neu gegründete Abteilung „Internationale Koordinierung“ und kümmerte sich dort um Haushaltsfragen. Über die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist Helf 2008 in den Personalrat eingezogen. Gut 13 Jahre war er in der Mitbestimmung tätig, davon zehn Jahre als Vorsitzender des Örtlichen Personalrates. Im Januar 2021 wurde er zum BKA-Wertebeauftragten ernannt. Im GdP-Bezirk Bundeskriminalamt amtiert er als stellvertretender Vorsitzender.

nicht, dass deren Wertekanon mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Stein gemeißelt ist. Ich sehe es als meine Kernaufgabe an, für das BKA und mit den dort tätigen Kolleginnen und Kollegen einen Wertekanon zu entwickeln. Und der besteht auch aus Werten der Arbeitskultur. Die Verfassung bleibt unser Wertefundament und Auftraggeber. Da gibt es keine zwei Meinungen. Aber was leiten wir daraus für unser Miteinander im Alltag ab? Kommunikation, Toleranz und Empathie sollten sich meiner Meinung nach in einem Wertekanon wiederfinden.

DP: Die BKA-„Charta der Vielfalt“ fordert den Wertebeauftragten auf, den „Überblick über alle Maßnahmen im Wertezusammenhang (zu) haben und auch konkrete Maßnahmen (zu) koordinieren, deren Ziel es ist, die Resilienz der Beschäftigten gegen Extremismus und Diskriminierung zu stärken“. Wie hast du dir den Überblick verschafft, und was hast du bereits an den Start gebracht?

Helf: Für einen kompletten Überblick ist es vielleicht noch ein bisschen zu früh. Ich habe jedoch bereits wichtige Einblicke in die Aus- und Fortbildung gewonnen. Ebenso habe ich mir ein Bild verschafft über das, was wir bei der Einstellung von Personal unter Wertaspekten bedienen. Das gilt zum Beispiel für den sogenannten Integritätsteil: Hierbei habe ich den Einstellungsfragebogen mitbeigleitet, der von zwei Psychologinnen entwickelt wurde. Wir wollen damit versuchen, einen Einblick in die Wertepositionen unserer Kandidatinnen und Kandidaten zu gewinnen. Später, also schon im Beruf, setzt sich das Thema Werte in sogenannten Sensibilisierungsseminaren weiter fort. Auch dort bin ich teils persönlich vor Ort. Wir haben zum Beispiel auch für Lehrgangseleitungen Veranstaltungen zum Thema „Rechtsextremismus“ aufgelegt, übrigens in Zusammenarbeit mit der Anne-Frank-Stiftung. Darüber hinaus habe ich die Reihe „Auf ein Getränk mit dem Wertebeauftragten“ initiiert: Darin lade ich Gäste aus dem BKA, aber auch von außerhalb zum Gespräch mit mir ein. Dieses Format werde ich in diesem Jahr mit einigen Podcasts fortführen.

DP: Worum geht es da?

Helf: Themen wie der Umgang miteinander, Rechtsextremismus, Feminismus. Künftig möchte ich beispielsweise auch den soge-

nannten Völklinger Kreis – der Bundesverband schwuler Führungskräfte – einladen, um über Diversitätsaspekte zu diskutieren. Organisiert habe ich zudem eine „Werte-Abteilungsleiterbesprechung“ im Haus der Wannseekonferenz. Ich wollte die Führungskräfte bewusst an diesem Ort mit grausamer Geschichte versammeln und mit ihnen dort über gänzlich andere, aktuelle das BKA betreffende Themen sprechen. Weiterhin begleite ich ein internes Forschungsprojekt, das vom Fraunhofer Institut durchgeführt wird. Dieses besteht aus zwei Teilen: einerseits wollen wir die Werterhaltung unserer Beschäftigten, andererseits die unserer Anwärterinnen und -Anwärter besser kennenlernen.

DP: Wie stehst Du zu einer Überprüfung eines vor der Einstellung zum Beamten stehenden Anwärters auf dessen Verfassungstreue?

Helf: Im BKA ist das Standard. Wer hier tätig sein will, braucht mindestens die sogenannte Sicherheitsüberprüfung (SÜ) 1. In vielen Bereichen ist sogar eine SÜ 3 notwendig, was eine intensive Überprüfung durch den Verfassungsschutz bedeutet.

DP: Ist das für einen „normalen“ Polizeibeamten zumutbar?

Helf: Die Verfassung ist das zentrale Element, auf das sich ein Polizeibeamter beziehen muss. In diesem Beruf verfassungsfeindlich zu sein, das geht nicht. Wir haben gesehen, wozu das im Dritten Reich geführt hat. Ich halte die Überprüfung für gerechtfertigt. Man kann darüber streiten, ob man damit schon in den Bereich der Gesinnungsschnüffelei gerät. Ja, es muss auch Grenzen geben, wie tief geschaut wird. Grundsätzlich jedoch muss ein Polizist eine Haltung haben, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung unmissverständlich, zweifelsfrei und zu jeder Zeit mitträgt.

DP: Angesichts vieler die Polizei in den Fokus nehmenden Studien, könnte man den Eindruck haben, nichts wird so gut untersucht wie die Polizei. Wo siehst Du Vorteile, wo Nachteile?

Helf: Es ist ein Vorteil, bestimmten Strömungen in der Polizei mit wissenschaftlichen Methoden auf die Spur kommen zu wollen. Zu beachten ist dabei jedoch, dass es durchaus eine Diskrepanz zwischen der wissenschaft-

lichen Untersuchung und der polizeilichen Praxis geben kann. Im Übrigen wird die Polizei ja durchaus in der Gesellschaft kritisch gesehen. Und dabei gibt es auch den einen oder anderen, der seine Ressentiments auf vermeintlich wissenschaftliche Art und Weise darstellt. Vielleicht bilden solche polarisierenden Stiche dann aber auch den Anlass, um innere Prozesse zu verändern. Grundsätzlich halte ich es für richtig, externen Sachverständigen einzuladen. Man muss dann möglicherweise nur auch akzeptieren, dass die Wahrheit manchmal unangenehm ist: wie bei unserem BKA-Historien-Projekt im Jahre 2012, wodurch klar wurde, dass an der Gründung des BKA auch ehemalige Nationalsozialisten in herausragenden Positionen beteiligt gewesen waren. Das tut dann wirklich weh, aber es verhilft zu einem klaren Blick auf die eigenen Wurzeln sowie auf das eigene Selbstverständnis und Wertegerüst.

DP: Bedeutet die Installation einer oder eines „Polizeibeauftragten“ immanent ein latentes Misstrauen gegenüber polizeilichem Handeln?

Helf: Unterstellen ließe sich das sehr einfach, ich glaube es aber tatsächlich nicht. Aus meiner Sicht unterscheidet sich der Polizeibeauftragte nicht sehr von der Position des Wertebeauftragten. Beide können mit ihren Kompetenzen bestimmte Anstöße geben: Stichwort Sensibilisierung. Eine wichtige Frage jedoch ist, ob ein Polizeibeauftragter über eigene Ermittlungsbefugnisse verfügt. Wie tief dürfte diese Frau oder dieser Mann in die Behörde einsteigen? Diese Fra-

ANZEIGE



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich!
Telefon: (02207) 76 77 % % % %

www.fahrzeugkauf.com

ge hatte sich hier im BKA auch gestellt, wir haben jedoch mit meiner jetzigen Position einen anderen Schwerpunkt gewählt.

DP: Gerät das Wertegerüst einer Kollegin oder eines Kollegen ins Wanken, wie bekommt man es wieder stabilisiert und kann das überhaupt funktionieren?

Helf: Eine schwierige Frage. Das würde ja bedeuten, auf das Wertegerüst von Menschen erfolgreich Einfluss nehmen zu können. Diese Möglichkeiten halte ich für sehr begrenzt. Man kann sensibilisieren, man kann Dinge vorleben, man kann Haltung zeigen, aber die Weichen seines eigenen Verhaltens stellt jeder Mensch selbst. In diesem Zusammenhang halte ich aber eine funktionierende Fehlerkultur für sicherlich hilfreich.

DP: Das heißt?

Helf: Es geht darum, Fehler aushalten zu können. Auch wenn die einen manchmal richtig ärgern und wahrlich bitter sind. Zugleich müssen aber auch klare Grenzlinien gezogen und durchgesetzt werden. Das ist wichtig.

DP: Welcher Fehler würde denn so gerade noch durchgehen?

Helf: Ein Fehler hat die Grenze prinzipiell schon ein Stück weit überschritten. Die Frage ist doch, ob ich einem Menschen dann noch einmal eine Chance gebe, und wie weit ich dabei gehen will. An jemanden, der in rechtsextremen Chatgruppen unterwegs ist und dieses Gedankengut pflegt, komme ich nicht mehr ran. Teilt jemand aber Bilder, die zugegebenermaßen unappetitlich sind, und derjenige sieht sein Fehlverhalten ein, bereut es nachvollziehbar und verspricht, dies künftig sein zu lassen, sich zu ändern, sollten ihr oder ihm Möglichkeiten eröffnet werden, bei uns zu bleiben.

DP: Wie oft gerätst Du selbst in Konflikt mit Deinem Werteverständnis?

Helf: Oft. Und ich durchbreche es regelmäßig. Werte sind Dinge, die mit einer gewissen Form von Heiligkeit verkündet werden. Im Alltag gerät man jedoch häufiger in Situationen, in denen abgewogen werden muss. Da lasse ich dann vielleicht einen Teil meiner heiligen Werte mal unbeaufsichtigt liegen, um ein anderes, vermeintlich besseres Ziel zu erreichen oder das Eintreten eines bestimmten Ereignisses zu vermeiden. Als Mensch gerätst du mit Werten wie Offen-

heit und Ehrlichkeit immer einmal wieder an Grenzen, wo du merkst, das bringt weder dich noch die Sache weiter.

DP: Also die kleine Notlüge ist in Ordnung?

Helf: Ja. (lacht). Vielleicht nicht jede, aber hätte ich meinen Kindern nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine ganz ehrlich gesagt, was ich denke, so hätte ich Ihnen Angst gemacht. Ein Wertedilemma.

DP: Wie viel Verständnis bringst Du dafür auf, dass bei der einen oder dem anderen Werte erodieren?

Helf: Wie weit erodieren sie denn? Manches kann ich noch begreifen. Im Polizeiberuf ist es so, dass man im Alltag sehr oft mit einer bestimmten Klientel von Menschen zu tun hat. Das bringt der Dienst einfach mit sich. Dass sich aus diesem Vorurteile entwickeln können, halte ich für nachvollziehbar und ist zutiefst menschlich. Wichtig ist dann, das zu erkennen und sich damit, mit diesem Vorurteil, intensiv auseinanderzusetzen. Ich selbst trage natürlich von Kindesbeinen an ein Gerüst von Vorurteilen mit mir herum. Das musst du aktiv angehen. Hast du aber beispielsweise einen der sogenannten Querdenker in deiner Bekanntschaft, dem du selbst mit dem klarsten Argument nicht mehr beikommst, der Streit nur noch unerträglich ist, ist die Erosion zu weit fortgeschritten. Das kann dir dann nur noch menschlich leidtun.

DP: Welche Methode funktioniert gegen den Zweifel an bestehenden Werten?

Helf: Das kann nur über Einsicht gehen, über das Reden. Doch in der Realität, tja ... gerade, wenn es ins Rechte abdriftet, gerät man an seine Grenzen.

DP: Man muss also akzeptieren, dass gewisse Gruppen oder Einzelpersonen nicht mehr erreicht werden können?

Helf: Ja, dem ist so, und die Anzahl derer nimmt leider zu.

DP: Was kann man tun?

Helf: Unsere Demokratie ist nicht selbstverständlich, und wenn wir nicht aufpassen, wenn wir nichts dafür tun, dann ist sie plötzlich weg. Es mag viel leichter sein, einer Autorität hinterher zu laufen, und darauf fallen eine Menge Menschen rein. Man

muss für sich eine Grenze ziehen und eine klare Haltung zeigen. Demokratie bedeutet harte Arbeit, aktiv zu sein, am Ball zu bleiben. Aber für ein Leben in Freiheit und in einem demokratischen Rechtsstaat lohnt es sich doch zu kämpfen.

DP: Hältst Du es für denkbar, dass Polizeibeschäftigte in ihrer Freizeit ein, nennen wir es, abweichendes Wertegerüst pflegen?

Helf: Vorstellbar ist das wohl schon, es wäre aber eine schauspielerische Meisterleistung, damit nicht aufzufallen. Die wahre Persönlichkeit für die Zeit im Job – und die ist ja auch wertvolle Lebenszeit – vor der Tür zu lassen, nein. Im Dienst voller Empathie, in der Freizeit weit entfernt davon, nein. Das individuelle Wertegerüst hat sicherlich dazu beigetragen, den Polizeiberuf zu ergreifen. Und du leistest einen Eid auf den Staat. Der erwartet von dir, dass du dich für ihn einsetzt, und eine Polizistin oder ein Polizist wollen diesem Anspruch in der Regel auch gerecht werden.

Lieber Kollege Helf, wann wird es die erste bundesweite Konferenz der Polizei-Wertebeauftragten geben?

Helf: Das genaue Datum würde ich Dir dann mitteilen. (lacht) Der Sache kommen wir jedoch näher, wenn wie auch immer aufgestellte Polizeibeauftragte bundesweit in der Verantwortung stehen. Erst im Juni hatten wir hier im BKA 25 Menschen aus der ganzen Republik für einen Erfahrungsaustausch zu Gast, darunter Teilnehmende aus dem Bundesverteidigungsministerium, dem Bundesnachrichtendienst, aus Berlin, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, weiteren Bundesländern. Auch eine Vertreterin aus Österreich wollte kommen. Übrigens kommt die einzige Wertebeauftragte, die ich neben Polizei-, Extremismus- und Integritätsbeauftragten, kennenlernen durfte, und die die gleiche Funktionsbezeichnung trägt, aus Schleswig-Holstein. In der Runde ging es um Best-Practice-Methoden aus dem jeweils eigenen Umfeld. Im November wird es auf gemeinsamen Wunsch der Teilnehmenden eine Fortsetzung geben. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir dann einen Common-Practice-Rahmen vereinbaren.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

Vor Ort



(v.l.) Oliver Malchow, Bundesinnenministerin Nancy Faeser, Jörg Radek, Hagen Husgen, Katrin Kuhl und Clemens Murr.

GdP unterstreicht Forderung nach mehr Personal

Zu einem Meinungsaustausch traf sich Anfang August eine Delegation des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der Gewerkschaft der Polizei (GdP) unter Führung des GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser in ihrem Berliner Amtssitz. Erörtert wurde die Bereitstellung von unterstützenden Kräften bei länderübergreifenden Einsätzen.

In diesem Zusammenhang verwies die GdP auf den seit Längerem festgestellten Investitionsstau von rund 200 Millionen Euro im Bereich der Bereitschaftspolizei. Zudem warben die Gewerkschafter in dem rund einstündigen Gespräch dafür, die Institution des Inspektors der Bereitschaftspolizeien der Länder zu stärken.

Die Gesprächspartner teilten ihre gemeinsame Besorgnis über ein womöglich drohen-

des Protestgeschehen vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger.

Weiterhin diskutiert wurde der Anstieg von Straftaten im virtuellen Raum. Im Bereich der wirksamen Bekämpfung des Cybercrime sei ein ganzheitlicher Ansatz notwendig. Mit Blick darauf untermauerte die GdP-Delegation ihre Forderung für eine nachhaltige Personalstärkung in Bund und Ländern. **mzo**

KAPITALMARKT

ANZEIGEN

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit

2,50% echter Vorteilszins

effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

- Unser bester Zins aller Zeiten -

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

Sensationell günstig

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de

www.AK-Finanz.de

POLIZEI DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Smart City

Smart und sicher

www.smart-city-sicher.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de · Nulltarif-0800-33 10 332

Klaus Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken



**www.Polizei
DeinPartner.de**

Kommentiert

VON DER KRISE IN DIE KRISE?

Worauf es jetzt ankommt!

Jörg Radek ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Seit Herbst 1998 ist der mittlerweile pensionierte Bundespolizist Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes und hat fast ein Vierteljahrhundert lang die Geschicke der GdP auf höchster Ebene mitbestimmt. Auf dem 27. Ordentlichen GdP-Bundeskongress Mitte September wird er sich von der aktiven Gewerkschaftsarbeit verabschieden. Sein politischer Blick nach vorn.

Jörg Radek

Die Pandemie ist noch nicht zu Ende, und schon treiben uns die Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine aus der unlängst mühsam wiedergefundenen Mitte. Öfter als je zuvor fühlen wir uns in unserer Geborgenheit beeinträchtigt. Unsere Gesellschaft wirkt verunsichert. Auf die noch nicht überstandene Coronakrise folgt gleich die nächste Bedrohung – eine womöglich noch ernstere, nachhaltigere.

Die letzte temporäre Spanne von Frieden + Freiheit = Sicherheit könnten wir, unabhängig von privaten Wahrnehmungen, zwischen dem Fall der Mauer im Jahr 1989 und den Anschlägen im September 2001 bemessen. Damals waren aus unserer Perspektive Kriege wie am Persischen Golf entweder weit entfernt, oder es ging wie auf dem Balkan nicht wirklich um uns. Derlei Konflikte waren uns zwar im TV ständig vor Augen, direkt betroffen haben sie unsere Lebensumstände nicht. Naturkatastrophen spielten sich woanders ab, in Bangladesch oder in Afrika, aber eben nicht hier. Das hat sich geändert. Dem gegenwärtigen Geschehen können wir uns nur durch ignorante Flucht entziehen.

Heute erfahren wir durch einen eiligen Tweet schon nach Sekunden, was in irgendeinem Winkel dieser Erde geschehen ist. Die

Welt wächst durch Highspeed-Informationsautobahnen zusammen. Zugleich fällt immer wieder auseinander, was zusammengehört. Wie kleinteilig dabei subjektive Interessen sein können, hat der COVID-19-Effekt anschaulich und beeindruckend dargestellt.

”

Die Welt wächst durch Highspeed-Informationsautobahnen zusammen.

Zugleich fällt immer wieder auseinander, was zusammengehört.

Niemand hat vorhergesehen, dass ein mikroskopisch kleiner Virus unsere globalisierte Welt so fest fesseln können würde. Plötzlich gerieten Lieferketten aus dem Timing, die plastischen Folgen waren unter anderem private Toilettenpapierstapel und gehortete Spaghettipackungen. Unter der Oberfläche ging es jedoch um viel, viel mehr: um unsere Freiheit und um unsere Gesundheit. Allein die Maskenpflicht beim Einkauf im Supermarkt, eine aus meiner Sicht durchaus zumutbare Einschränkung, hat Teile der Bevölkerung überfordert und deren Gemüter erhitzt.

Nun kommt mit der russischen Invasion eine neue Entwicklung dazu, die sich viel weitreichender auswirken könnte. Die Ängste sind jedenfalls präsent, wie jüngere Umfragen der Hans-Böckler-Stiftung darstellen: Angesichts des Krieges in der Ukraine und der stark gestiegenen Inflation machten sich mehr Erwerbstätige in Deutschland große Sorgen um ihre eigene wirtschaftliche Situation als zu irgendeinem Zeitpunkt während der Corona-Krise, so entsprechende Ergebnisse. Rund ein Viertel aller Arbeitnehmenden und Arbeitsuchenden empfindet die eigene finanzielle Lage als „äußerst stark“ oder „stark“ belastend (24 Prozent) und habe große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Zukunft (26 Prozent).

Und weiter: Erwerbstätige mit niedrigem Haushaltseinkommen unter 1.300 Euro netto im Monat zeigten sich angesichts der eigenen wirtschaftlichen Lage sehr besorgt. In der nächsthöheren Einkommensgruppe zwischen 1.301 und 2.000 Euro netto äußerten dies noch fast 40 Prozent. Auch die Belastung durch steigende Preise vor dem Hintergrund einer anhaltenden Inflation sei bei Erwerbspersonen mit niedrigem Einkommen sehr weit verbreitet (79 Prozent). Deren Bedenken teilten mittlere Einkommensgruppen noch zwischen 54 und 59 Prozent.

Die Sorge um die soziale Ungleichheit in Deutschland sei derzeit ausgeprägter als jemals während der Pandemie: Zwei Drittel aller Befragten fürchteten, dass die soziale Schere das Land zerschneide. Unter dem Strich überwiegen Verunsicherung und Unzufriedenheit: Lediglich rund ein Viertel der befragten Menschen in Lohn und Brot sei aktuell zufrieden mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung, rund ein Drittel äußerten sich zufrieden mit Blick auf die Bewältigung der Pandemie.



Jörg Radek, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

An den Menschen zehrt nach der Bedrohung ihrer körperlichen Unversehrtheit nun die Sorge um die materielle Sicherheit. Die teils drastischen Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln, Energie und Kraftstoffen lenken bange Blicke auf die eigene Geldbörse und das Gehaltskonto. Welche Wirkungen der Krieg, dessen nicht gänzlich unwahrscheinliche Ausweitung und weiter anziehende Preise erzielen werden, weiß niemand – und kann keinen kalt lassen. Dies nach fast drei Jahren Pandemie und dem intensiven Diskurs über staatliches Handeln und dessen Akzeptanz.

Die aktuell weit verbreitete Irritation sei offenbar vor allem von Sorgen um soziale und finanzielle Fragen getrieben. „Die Sorge, um soziale Themen sind also eher Treiber der Unzufriedenheit als sicherheitspolitische Sorgen“, konstatieren die Wissenschaftler der Hans-Böckler-Stiftung.

So unterscheide sich die Unzufriedenheit mit dem Management der Ukraine-Krise durch die Bundesregierung nur minimal zwischen Befragten, die sich große Sorgen und jenen, die sich keine Sorgen wegen einer Ausweitung des Ukrainekrieges machten. Dagegen sei der Anteil der mit dem Krisenmanagement Unzufriedenen unter denjenigen, die sich große Sorgen um die Zunahme der sozialen Ungleichheit machen, deutlich höher als unter denen, die sich darüber keine Sorgen machten.

Es gibt also mehr zu tun als das, was Hubertus Heil als Arbeits- und Sozialminister aus der „Sozialstaatsverpflichtung“ bereits geleistet hat. Die Einführung des Kurzarbeitergeldes oder die Erhöhung des Mindestlohnes sind als bekannteste, populärste Beispiele seitens der Bundesregierung zu nennen. Diese wirkungsvollen politischen Entscheidungen sind jedoch für die Gegenwart getroffen worden.

Seit 2015 wird in Deutschland danach politisch gehandelt, wie die Gegenwart mit dem Versuch des Rückblickes aus der Zukunft auf die Vergangenheit zu vollenden ist. Dabei war meist Ausschau nach dem eigenen Platz in der Geschichte gehalten worden.

Corona und Krieg: zwei Ereignisse, die, weil sie dynamisch und komplex sind, weitreichende Folgen entwickeln. Vor allem offenbaren diese die ökonomische Verwundbarkeit unserer Gesellschaft und wirken direkt auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt ein. Wird nun der soziologische Be-

”

Der Virus und
der Krieg leuchten
nur aus, was schon
seit Längerem
latent
durchschimmert.

fund herangezogen, steht unter dem Strich: Vorsicht, Zusammenhalt in Gefahr! Doch der Virus und der Krieg leuchten nur aus, was schon seit Längerem latent durchschimmert.

Reden, die andere kaputt machen sollen, Schamlosigkeit, Wortbrutalität, die Einzelne oder Gruppen angreift, sie herabwürdigen. Das alles führt nicht nur zu (hoffentlich vorübergehenden) Wahlerfolgen (hoffentlich vorübergehender Parteien). Diese vermeintlichen Siege sind errungen durch das Verspritzen von Gift und Galle und zielen auf einen Klimawandel in unserer Gesellschaft. Hass, Hetze, Gewaltandrohung in Echtzeit, mit großer Reichweite.

Die einst so sicher geglaubten Lebensumstände erscheinen nunmehr äußerst zerbrechlich. Der Weg in die Krise ist für jeden offensichtlich. Die Krise ist schon da. Nun ist gesellschaftlicher Halt erforderlich. Ein frommer Wunsch? Womöglich. Nur: Während der Pandemie hat sich offenbart, wie schnell sich gesellschaftliche Gewitterzellen aufbauen und wie gewaltig sie sich entladen können.

Das politische Einstimmen auf neue, wohl deutlich größer als gedachte Belastungen hat längst begonnen. Noch vor der Sommerpause mühten sich die Kabinettsmitglieder der Bundesregierung die Bevölkerung auf das vorzubereiten, was womöglich Herbst und Winter vorhalten. Es ist auch

gut, dass dies getan wird, denn es handelt sich um ein brennendes Thema, eine bittere Pille. Da hilft das transparente politische Erklären des Beipackzettels deutlich mehr, als es den Menschen zu überlassen, Risiken und Nebenwirkungen allein herauszufinden. Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung haben wir als Gewerkschaft der Polizei genau das eingefordert und ermüdungsfrei betont, Regierungsmaßnahmen müssten widerspruchsfrei getroffen und verständlich dargestellt werden. Wenn wir wollen, dass Verwaltungshandeln wirksam und im Einklang umgesetzt werden soll, dann bitte so. Denn: Es ist und bleibt keine polizeiliche Aufgabe, Defizite in der politischen Kommunikation auszugleichen. Und auch das ist nicht wirklich neu.

Wenn die Energie jedoch tatsächlich knapp werden sollte, die Preise weiter steigen und vielleicht noch eine Coronawelle Fahrt aufnimmt, ist Nervenstärke gefragt – auf allen Seiten. Die Hans-Böckler-Umfrage beschreibt die unbedingte Notwendigkeit sozialer Vorsorge als Beitrag zur Entspannung.

Gesellschaftliche Veränderungen fühlen die Träger der Inneren Sicherheit als erste, unmittelbar, auf der Straße. Anders als bei wetterphysikalischen Veränderungen wie Dürren und Fluten sind wesensverändernde Einflüsse auf unser gesellschaftliches Klima lange nicht so offensichtlich erkennbar und spürbar. Wer die täglichen Lagemeldungen liest, die nicht eins zu eins in den Medien widergespiegelt werden, entwickelt jedoch schnell ein Gefühl dafür, wie die Fieberkurve steigt und es draußen rauer wird. Das spüren jene, die rund um die Uhr im Einsatz sind, schneller als jede Talkrunde.

In der jetzigen Krise liegt ein enormer gesellschaftlicher Zündstoff, der das Potenzial hat, das gesellschaftliche Fundament gehörig ins Wanken zu bringen. Rückhalt für die Polizei ist nunmehr zwingender Teil der Stabilisierung des sozialen Zusammenhaltes unserer Gesellschaft.

In Teilen der Gesellschaft herrscht ein Missverständnis der Arbeit der Polizei vor. Diesem deutlich kleineren Teil der Gesamtbevölkerung wird medial mehr Aufmerksamkeit geschenkt, als jenen, die der Polizei den Rücken decken. Ihnen sollte jedoch die Aufmerksamkeit gebühren. Aus der vergangenen Zeit wissen wir, dass sich im Zuge

der Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie eine bis dato nicht existente Mischszene aus Coronaleugnenden, Querdenkenden mit Rechtsextremisten und Reichsbürgern gebildet hat. Zurzeit „öffentlich nicht wahrnehmbar“ heißt jedoch nicht, dass deren demokratiefeindliches Gedankengut gänzlich verschwunden ist.

Rückhalt für die Polizei beginnt in den Staatskanzleien, Parteizentralen und Redaktionsstuben. Immer noch fehlt es den Kolleginnen und Kollegen an politischer Wertschätzung für ihre Arbeit. Umstände des Berufes wie das Rund-um-die-Uhr-präsent-Sein sind für die garantierte Sicherheit und Ordnung erforderlich. Diese 24/7-Präsenz lässt unsere Kolleginnen und Kollegen als gesellschaftliche Seismografen für tektonischen Verschiebungen innerhalb des Miteneinanders agieren. Dafür darf sie mehr politische Wertschätzung erwarten. Es beginnt in der erkennbaren Würdigung der täglichen Arbeit. Und diese wird vor dem Hintergrund nicht auszuschließender sozialer Spannungen kaum einfacher werden.

Ankommender Rückhalt stellt nicht Gegensätze oder festgefügte Vorurteile heraus. Ohne das Unterschiedliche auszugrenzen, im Miteinander das Gemeinsame zu betonen, bedeutet dagegen im gegenseitigen Miteinander Halt zu geben. ■

”

Es ist und
bleibt keine
polizeiliche Aufgabe,
Defizite in der
politischen
Kommunikation
auszugleichen.

POLIZEI PRAXIS

STARTSEITE

THEMEN

AUSGABEN

PRODUKTE

SERVICE

Sie sind hier > Startseite



Walther PDP - Sterneküche statt Hausmannskost

Unbestritten hat sich Walther durch seine Erfolge im Bereich der Sportschützen und hier besonders durch die individuellen Anfertigungen nach Kundenwunsch, eine besondere Qualifikation bei der Entwicklung exquisiter Waffen... [\[mehr erfahren\]](#)



Suche nach Sachgebieten, Hilfe, Tipps und mehr...

Suchen

SCHWARZES BRETT

Newsletter - keine neuen Beiträge verpassen!

Sie möchten über die neuesten Meldungen und Beiträge auf POLIZEIPRAXIS.DE informiert werden? Dann melden Sie sich noch heute für den Newsletter an! Eine Auswahl der Beiträge aus der aktuellen Ausgabe als Erste / Erste [\[mehr erfahren\]](#)

ENFORCE TAC 2022 - 01.03.22 - 02.03.22

Auf der Enforce Tac in Nürnberg tauschen sich internationale Sicherheitsexperten über die neuesten Entwicklungen und Produkte aus den Bereichen Law Enforcement, Sicherheit und taktische Lösungen aus. Die Aussteller [\[mehr erfahren\]](#)

NEWSLETTER ABONNIEREN

ENFORCE TAC
1.-2.3.2022

JETZT TICKET SICHERN!

Mit dem Multifunktions Tuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: info@polizeipraxis.de bestellt werden!



*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.



Innenleben



Die Seminartruppe.

GRUNDLAGENSEMINAR: EINGRUPPIERUNGSRECHT

Berlin – immer eine Reise wert!

„Du müsstest da mal hinfahren... Der Kollege, der eigentlich für das Seminar vorgesehen war, bekommt keinen Sonderurlaub!“ Ich hatte mich als Nachrücker für das Seminar eingetragen und hatte nun die ehrenvolle Aufgabe, für den Landesbezirk Bremen zum Grundlagenseminar „Eingruppierungsrecht“ nach Berlin zu fahren. Dazu muss ich erwähnen, dass dies mein erstes Seminar auf Bundesebene war...

Peter Borrmann

Tag 1 Gegen Mittag treffe ich im Hotel ein. Dann kurz rauf auf das Zimmer und ab in Richtung Seminarraum. Praktischerweise findet die Veranstaltung im Hotel statt, also kurze Wege. Pünktlich um 14:00 Uhr eröffnen die Seminarleiterin Michaela Omari, sie ist Referentin für Tarifpolitik in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle, und der im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für Tarifpolitik verantwortliche stellvertre-

tende Bundesvorsitzende René Klemmer die Veranstaltung mit einer Begrüßung der anwesenden 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Es folgt die obligatorische Vorstellungsrunde.

Aus annähernd allen Bundesländern sind Kolleginnen und Kollegen angereist. Das verspricht spannend zu werden! Ich freue mich darauf zu hören, wie es in anderen Tarifbezirken so läuft. Was bewegt dort

die Mitarbeitenden und nicht zuletzt: Wie wird dort eingruppiert? Außerdem möchte ich Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern kennenlernen. Der „geübte Seminarteilnehmer“ nennt das Netzwerken.

Bevor es ins Eingruppierungsrecht und damit thematisch ins Eingemachte geht, blickt Kollege Klemmer auf die vergangenen Tarifverhandlungen zurück. Zähl wären diese gewesen, sagt er, und im Umgang zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite schwieriger als in den vergangenen Jahren. Über allem habe die Forderung der Arbeitgeber gestanden, den Arbeitsvorgang zu verändern beziehungsweise die einzelnen Arbeitsvorgänge schlechter zu bewerten.

Es sei jedoch bei den Gewerkschaften der Punkt erreicht gewesen, an dem sie nicht mehr mitgegangen wären, und das auch nicht mehr gewollt hätten. Das Thema sei erst einmal ausgeklammert worden.

Nun werde auf das ausstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu dieser Thematik gewartet. Fakt sei jedoch, dass annähernd jede Forderung der Gewerkschaften durch ein wieder ins Spiel bringen der Veränderung des Arbeitsvorgangs durch die Arbeitgeberseite geblockt werde. Am Ende, erzählt Klemmer, sei der bekannte Abschluss zustande gekommen. Nicht jede und jeder im öffentlichen Dienst sei damit zufrieden gewesen. Kurzgefasst: Corona-Sonderzah-

lung von 1.300 Euro und 2,8 Prozent mehr Entgelt ab dem 1. Dezember 2022 bei einer Laufzeit von 24 Monaten.

Ausgesprochen bewährt hätten sich die Tarifbotschafterinnen und -botschafter, betont der GdP-Tarifexperte. Nach einem werbenden Aufruf über die GdP-Medien und zahlreichen Anmeldungen hatten die Teilnehmenden durch die GdP eine vorbereitende Schulung erhalten. Nach und teilweise schon während der Verhandlungsrunden seien diese über den Stand per Videokonferenz informiert worden. Sie hielten dann ihrerseits GdP-Mitglieder über den aktuellen Stand der Tarifverhandlungen auf dem Laufenden. Klares Fazit aller Beteiligten: Das Modell mit den Tarifbotschafterinnen und -botschaftern hat sich bewährt und wird auch künftig fortgeführt.

Nach einer Pause übernimmt dann Kollegin Omari. Los geht es programmgemäß mit einer Einführung in die Themen Entgelttabellen, Entgeltgruppen und Stufen, dann mit dem Thema Tätigkeitsdarstellung (TD). Es werden die Grundlagen, Inhalt, Aufbau und Formulierungshilfen behandelt. Schnell wird deutlich: Die TD ist ein wichtiger Bestandteil. Sie spielt eine ganz und gar zentrale Rolle bei der jeweiligen Eingruppierung. Ergänzend zu ihrer PowerPoint-Präsentation verteilt sie Arbeitsblätter, um die einzelnen Themen noch besser zu verdeutlichen und eine Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten. Gegen Sechs nähert sich der erste Seminarblock seinem Ende.

Nach einem Abendessen treffen wir Teilnehmenden uns und lassen den Tag gemeinsam Revue passieren. Auch das Netzwerken geht gut von der Hand. Erste Erkenntnis an diesem Abend: Alles sympathische Teilnehmerinnen und Teilnehmer, mit denen ich schnell ins Gespräch komme. Alle wollen das Gleiche: etwas im Bereich Tarif bewegen!

Tag 2 Nach dem Frühstück sehen wir uns pünktlich um 9:00 Uhr im Seminarraum wieder. Ein kurzer Blick in die Runde: keine Ausfälle, alle wieder da. Im Programm geht es weiter. Nach einer kurzen Wiederholung des Vortages steigen wir gleich in die Themen ein: Einführung in das Eingruppierungsrecht des TV-L, Paragraph 12 TV-L (Eingruppierung), Entgeltordnung und all die unterschiedlichen Begrifflichkeiten des Eingruppierungsrechts.

Nach der Mittagspause machen wir uns an das Lesen und Bewerten von Urteilen zum Eingruppierungsrecht und versuchen, das Gelernte anzuwenden. Auch der zweite Seminartag geht flott rum. Aber zum Feierabend merkt man dennoch: Das war heute ganz schön viel Stoff!

Tag 3 Auch der letzte Seminartag startet mit einer Wiederholung der Vortage. Wir sammeln zu jedem Buchstaben des ABC einen Begriff aus dem Eingruppierungsrecht, besprechen diese noch einmal kurz und resümieren das bereits Erlernte. Alle beste-

hen die „Abschlussprüfung“ erfolgreich, noch offene Fragen kommen jetzt an die Reihe. Nach dem Abschluss Mittagessen verabschieden sich die ersten Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Richtung ihrer Heimat – jede und jeder mit vielen Infos und neuen Eindrücken zum Eingruppierungsrecht im Gepäck.

Mein Fazit nach drei Tagen: Berlin ist immer eine Reise wert – auch weil es hier echt gute GdP-Seminare mit netten und sehr kompetenten Dozentinnen und Dozenten gibt! Vielen Dank daher an Michaela und René. Wir sehen uns spätestens zum Aufbau Seminar zum Eingruppierungsrecht wieder. ■

ANZEIGE

REISEMARKT

[www.Polizei
DeinPartner.de](http://www.PolizeiDeinPartner.de)

Büsum - Nordseeküste
Gemütliche Ferienwohnung, neu renoviert, ruhige Lage, Strandnähe, ca. 3 Minuten zur Gehstraße
sandra.knueppel@gmx.de oder 0172/1561290

Polizei DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
Smart City
Smart und sicher
www.smart-city-sicher.de

Action mit wasser-c-raft in Tirol
Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 126,-
Unterkunft über uns buchbar.
Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at

SOMMER PAUSCHALE ALL IN ONE
1 Woche Halbpension & Silvrettacard ab € 497,-
KOSTENLOS INKLUSIVE
Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta, Wanderbus, geführte Wanderungen, MTB-Verleih, 4-Gang Abendmenü, Wellness mit Gartensauna, Tolles Programm für Kinder & Jugendliche vom TVB; Kinderermäßigung.
BADESEE MIT FREIZEITANLAGE
www.postsee.at info@postsee.at

POST HOTEL
★★★★
Familie Handle
A-6553 See, Au 164
T +43-5441-8219

Gelesen

BUCHTIPP

Anti-Stress-Trainer

Stefan Voßschmidt

Es lohnt diese Neuerscheinung in der Anti-Stress Reihe zu lesen. Es lohnt nicht nur für erfahrene Profis, sondern auch für Berufsanfängerinnen und -anfänger. Denn Stress begleitet die Polizei vom ersten Tag an. Schon Studentinnen und Studenten im Praktikum können mit stressigen Einsätzen konfrontiert sein, eine besondere Aufbauorganisation (BAO) kann immer kommen. Und der Stress im Polizeiberuf ist ein besonderer, die Polizei übernimmt zentrale staatliche Aufgaben und übt in unserer demokratischen Gesellschaft das Gewaltmonopol aus. Überstunden fallen en Masse an. Bei jedem Einsatz im 21. Jahrhundert ist damit zu rechnen, dass gefilmt wird. Jedes Verhalten der Polizei kann dokumentiert werden, im Rechtsstaat führt das oft zu rechtlichen Überprüfungen, besonders belastend ist die Dreistufigkeit: Strafrecht, Disziplinarrecht und Zivilrecht. Dies sind aber nur Beispiele für die besonderen Belastungen des Polizeiberufes, ein weiteres Stresspoten-



Nicole Bernstein: Der Anti-Stress-Trainer für Polizisten. Mit Sicherheit entspannter

Verlag Springer Gabler, 2020
196 Seiten, 14,99 Euro
ISBN 978-3-658-12475-5

zial. Ich denke gerade der Polizeiberuf ist besonders stressaffin, Tendenz eher steigend.

Bei allen Fragen, die mit Stress einhergehen, hilft es, wenn vorher eine Auseinandersetzung mit diesen Fragen erfolgt. Dazu ist der Anti-Stress-Trainer ideal. Die Beispiele zeigen, dass Nicole Bernstein über vielfältige Erfahrungen und Kompetenzen verfügt. ■

Eure Meinung

ZU:

Luft nach oben, DP 7/22

In dem Artikel habe ich mich mehr als deutlich wiedergefunden. Ich bin seit über 32 Jahren bei der Polizei Nordrhein-Westfalen (NRW) tätig und habe eine qualifizierte Ausbildung. Seit 13 Jahren bin ich in Entgeltgruppe (EG) 6 (letzte Stufe). Ich werde nie mehr verdienen, außer ich würde mich weg bewerben. Das möchte ich eigentlich nicht, da ich mich auf meiner Dienststelle sehr wohlfühle. An meiner jetzigen Tätigkeit gibt es keine Chance auf Höhergruppierung. Die 25 Prozent „Selbständigkeit“, die man dafür benötigt, wurden von hier aus schon zweimal abgelehnt. Vielmehr sind zusätzli-

che Aufgaben hinzugekommen, schon allein coronabedingt.

Ich habe mich schon fünf Mal innerhalb der Behörde beworben, jedoch werden immer wieder Leute von „außerhalb“ vorgezogen.

Es ist nicht beruhigend, wenn man weiß, dass man mit der Entgeltstufe 6 mit ganzen 1.260 Euro in Rente gehen wird. Sämtliche Beamte werden vor ihrer Pensionierung nochmal befördert. Davon können Angestellte nur träumen. Denn wir scheinen keinen zu interessieren, „die kleinen Angestellten“. Die kleinen Schrauben, ohne die das große Rad der Behörde nicht mehr laufen würde.

Anja Zander

DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 09 | 71. Jahrgang 2022
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,80 € zzgl. Zustellgebühr
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
Danica Bensmail (dab), Redakteurin
Jana Biesterfeldt (jab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

Foto: BlueSkyImage/shutterstock.com

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 45 vom 1. Januar 2022.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkeits in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

187.774 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbemarkt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

PRÜFUNGSTRAINING VERKEHRSRECHT

Von **Thomas Miethe** und **Patrick Kiehne**.



FÜR DAS GRUNDSTUDIUM

1. Auflage 2022

Umfang: ca. 112 Seiten

Format: 13 x 19 cm, Broschur

Preis: 22,00 € [D] / ISBN 978-3-8011-0919-6

FÜR DAS HAUPTSTUDIUM

1. Auflage 2022

Umfang: 144 Seiten

Format: 13 x 19 cm, Broschur

Preis: 22,00 € [D] / ISBN 978-3-8011-0917-2



Mit diesen Büchern können Sie sich gezielt auf eine Klausur oder andere Prüfung im Verkehrsrecht vorbereiten. Anschaulich und kompakt werden Sie mit Hilfe von Erläuterungen, Grafiken, Klausurbeispielen und Übungen optimal auf ihre Prüfung vorbereitet. Die Autoren orientieren sich inhaltlich dabei am Curriculum der Hochschule für Polizei und Verwaltung NRW. Der Schwerpunkt in der Darstellung liegt dabei auf den klassischen klausurrelevanten Problemstellungen.

DIE AUTOREN

Thomas Miethe, Dozent für Verkehrsrecht und Verkehrslehre, Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Abteilung Münster.

Patrick Kiehne, Dozent für Verkehrsrecht und Verkehrslehre, Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Abteilung Münster.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

POLIZEIBEAMTE ALS ZEUGEN VOR GERICHT

Zeugenrolle und Sachverständigenstatus

Von **Heiko Artkämper** und **Carola Jakobs**.



3. Auflage 2022

Umfang: 288 Seiten

Format: DIN A5, Broschur

Preis: 26,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0909-7

Polizeibeamte sind – wie andere Bürger auch – in die staatsbürgerlichen Zeugenpflichten eingebunden. Auch als Sachverständige treten sie vermehrt im Strafverfahren vor Gericht auf. In beiden Funktionen tragen sie eine entscheidende Verantwortung für den Ausgang des Verfahrens.

In diesem Buch vermitteln die Autoren das erforderliche Wissen für Polizeibeamte, um vor Gericht die notwendige Handlungssicherheit zu erlangen. Gleichzeitig wollen sie das – oftmals unterschätzte – Verantwortungsbewusstsein des Polizeibeamten für seine Aufgaben in einem rechtsstaatlichen und fairen Strafprozess schärfen.

Die vorliegende Neuauflage wurde überarbeitet und ergänzt. Insbesondere wurden die pandemiebedingten Beschränkungen des Gerichtsalltags mit Auswirkungen auf den polizeilichen Zeugen und Sachverständigen berücksichtigt.



DIE AUTOREN

Dr. Heiko Artkämper, Staatsanwalt als Gruppenleiter a.D. bei der Staatsanwaltschaft Dortmund.

Carola Jakobs, Oberstaatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft Dortmund.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de